

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiliger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gepaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 11. September 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ein sozialpolitisches Dokument. — Neues Werden. — Vertragsfähigkeit der Arbeitgeberverbände. — Sechste internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen. — Ein gestrauchelter Christlich-nationaler Arbeiterabgeordneter. — Der Verband der Steinseher und Pfisterer im Jahre 1908. — Aus dem bürgerlichen Recht. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Die Streiksituation in Schweden. — Für die abgebrannten Kollegen in Neußorg. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1908. II. — Neulleiten: Aus der Elbsandsteinindustrie. — Die Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge. — Lohnstatistik von Leipzig. — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Schmalkalden u. Brotterode: Firma Köppler & Wedel. — Niederlammig: Firma Heinrich, für Steinmehlen und Pfasterer. — Osterwald: Steinmehlgewerk Meine & Illemann. — Osterode: Pfastersteingewerk Belomettin in Verbach. — Striegau: Sämtliche Betriebe.

Solnhofen. Im Lithographiesteingegebiet geht der Kampf ungeschwächt weiter. Die Industriellen wollen auswärtigen Streikbrechern bis zu 45 Pfg. Stundenlohn bezahlen. Erfreulich ist es, daß nur wenige fremde Arbeitswillige den Lockungen des Herrn Weinmann Rechnung trugen.

Baumholder. Nach hier ist Zugzug fernzuhalten. **Mühlhausen (Elz).** Die Oberelzische Steinindustrie-Gesellschaft, Filiale Mühlhausen, ist gesperrt.

Kaiserhammer. Mit der Firma Jakob wurde auf drei Jahre ein Tarif zum Abschluß gebracht. Der Stundenlohn wurde um 2 Pfg. erhöht. Auch andere Verbesserungen wurden erzielt.

Schee. Die Steinmehlen bei der Firma Kolbe stehen im Streik. Zugzug ist streng zu meiden.

Meißen I. Bei der Firma Hirschitz in Jschella bei Meißen sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma inseriert im Meißner Tageblatt um Bossierer. Der Lohn pro Quadratmeter Pfastersteine soll um 1 Mk. reduziert werden.

Halberstadt. Die Firma Kessler & Schrader ist gesperrt. Es wurden drei Verheiratete entlassen, nachdem aber stellte die Firma andere Leute ein.

Baldwinstein a. d. Bahn. Die bei der Firma Krebs beschäftigten Marmorhelfer stellen am 1. September wegen Lohnunterschieden die Arbeit ein. Der Firmeninhaber weigert sich, mit dem Gauleiter des Verbandes zu verhandeln. Die Verhandlungen, die eine Kommission der streikenden Kollegen anbahnte, sind resultatlos verlaufen.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugzug fernzuhalten:

Oesterreich. Osegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Triest, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.

Ungarn. Szolnok, Győr, Temesvár, Czákartobánya, Budapest.

Schweiz. Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur, Herzogenbüsch, St. Gallen.

Ein sozialpolitisches Dokument.

Das Elend, ach so groß es sei,
Mit Gottes Hilfe gehts vorbei.

Den deutschen Arbeitern geht es sehr gut. So sagte Wilhelm II. und so steht's zu lesen in der Unternehmerrpresse. So dachten auch die Blochbrüder unter der schwarzen Führung, indem sie der großen Volksmasse ein so stacheliges Steuerbüfett in die Hand brückten. Die Reichsregierung kann ihren sozialpolitischen Karren im Dreieck stehen lassen, denn ein Schöneberger Statistiker hat mit mathematischer Sicherheit (!) im Vorjahr nachgewiesen, daß die Löhne der deutschen Arbeiter enorm gestiegen sind. Also lautet die Regierungsparole, mehr Lasten, weniger Sozialpolitik. Die Herren der Bergwerksindustrie hatten recht, als sie vor einigen Monaten das geflügelte Wort von „der weißen Salbe“ prägten. Daß die deutschen Arbeiter, neben dem ungeheuren Steuerdruck, noch eminent unter der großen Arbeitslosigkeit leiden, ist allbekannt. Wie in den Gewerkschaften die Ausgaben für Unterstützungszwecke gestiegen sind, geht aus der Regienschen Publikation hervor. (Siehe den Artikel: Ueber die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.) Aber der deutsche Arbeiter sitzt an der gefüllten Kompottschüssel, wie der Kaiser sagte, und der Philister glaubt es, auch das Ausland läßt sich täuschen. Nun ist ein amtlicher Bericht erschienen, welcher allgemeines Aufsehen erregt. Die Stadt Charlottenburg hat ihren Armenverwaltungsbereich für 1908 erscheinen lassen, welcher geradezu

klassische Stellen enthält, um den bürgerlichen Schönrednern gewaltig das lose Mündllein stopfen zu können. Im Bericht steht:

Das Rechnungsjahr 1908 schließt mit einer Gesamtausgabe von 1 557 247 Mark, 115 863 Mark mehr als das vorige Jahr, ab. Die Mehrausgabe würde noch wesentlich höher sein, wenn nicht eine Aenderung in der Rechnungsführung eingetreten wäre.

Würde man die bisherige Art der Berechnung zugrunde legen, so ergäbe sich eine Gesamtausgabe der Armen- und Waisenspflege von 1 808 788 Mark, und die Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung würde sich auf 6.76 Mark steigern.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich fast auf allen Gebieten der Armen- und Waisenspflege schwer belastend geltend gemacht, und leider besteht die Befürchtung, daß noch weitere Steigerungen unausbleiblich sein werden. Die Zahl der eingegangenen schriftlichen Unterstützungsgesuche ist gegen das Vorjahr von der gegen die früheren Jahre schon sehr gewachsenen Zahl von 9027 auf nicht weniger als 13 316, also um fast 50 vom Hundert, gestiegen, von denen nur verhältnismäßig wenige, 1513, abgelehnt werden konnten. Daraus ergab sich in fast allen Zweigen der Verwaltung eine erhöhte Belastung. Vor allem gilt das für die baren Unterstützungen und Pflegegelder, die gegen das Vorjahr allein eine Mehrausgabe von 88 000 und 42 000, zusammen 128 000 Mark aufweisen. Die Ausgabe für Bekleidung ist um 6000, die für Feuerung auf das Doppelte, von rund 8000 auf über 16 000 Mark, die für Heilmittel aller Art um mehr als 7000, die für Geburtshilfe gleichfalls auf mehr als das Doppelte die für die Entföndung in Heilanstalten aller Art um 34 000 Mark gewachsen; auch die Ausgaben für das städtische Bürgerhaus haben sich um etwa 24 000 Mark erhöht.

Die Steigerung der Ausgaben ist aber nicht lediglich auf die Zunahme der Zahl der die Armenhilfe in Anspruch nehmenden Personen zurückzuführen. Freilich ist auch sie stark gewachsen: von 8635 des Vorjahres auf 10 030, d. h. von 3,35 auf 3,75 vom Hundert der Bevölkerung. Ihre Zunahme ist sicher in der Hauptsache durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt: Bei der Inanspruchnahme der armenärztlichen Versorgung durch arbeitslose, früher Krankenlassen angehörige Personen kann man das fast positiv nachweisen; die hohen Mieten und die andauernd hohen Lebensmittelpreise, deren Steigerung leider noch nicht ihr Ende erreicht hat, haben sicher zahlreiche Personen, die sonst notdürftig ohne Armenhilfe durchkamen, zu ihrer Anrufung gezwungen. Die Verwaltung war aber ferner — und das hat sie fast ebenso sehr belastet — infolge der Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse nicht nur gezwungen, höher als sonst zu unterstützen, ohne jedoch dadurch mehr zu leisten, sondern auch selbst für die Lieferungen und Leistungen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedurfte, fast überall wesentlich mehr zu zahlen als bisher. So sind die Verpflegungssätze fast aller Heilanstalten erheblich, bis zu 25 Prozent, erhöht worden; so war sie gezwungen, den Preis für die Milch um 10 Prozent zu erhöhen; die Preise für Feuerung sind stark gestiegen; die Honorare der Hebammen mußten wesentlich erhöht werden; schließlich war die Stadt genötigt, auch die Pflegefälle für Kinder erneut nach oben abzuändern. Alles das zeigt deutlich — es muß das immer wieder betont werden, damit die eingetretene Erhöhung der Armenlast richtig gewürdigt wird — welche schwere Belastung die allgemeine Lage auf dem Wirtschaftsmarkt auch für die Armenverwaltung zur Folge hat, ohne daß im Endergebnis die Armen selbst auch nur das geringste mehr erhalten.

Eine Steigerung der Höhe der Unterstützungen, wie man sie eigentlich erwarten müßte, ist dabei nur zu einem kleinen Teile eingetreten. Bei den 3731 laufenden Unterstützten — nur 282 mehr als 1907 und nur 2247 (149 mehr als 1907) das ganze Jahr hindurch unterstützt — bewegten sich 53 Prozent aller Unterstützungen in den Stufen von 9 bis 15 Mark; nur 31 Prozent waren höher als 18 Mark, nur 14 Prozent höher als 21 Mark monatlich. Auch der Monatsdurchschnittssatz hat, wenn er auch naturgemäß etwas gegen das Vorjahr gestiegen ist, nur 15.20 Mark (1907 14.54 Mark) betragen. Wie gering diese Steigerung ist, wird auch diesmal am besten klar, wenn man damit die wieder festgestellte weitere Steigerung der Mieten der von den Armen bewohnten Wohnungen zusammenschält. Und in der Tat zeigt die fortgeführte Statistik der Armenwohnungen eine von Jahr zu Jahr weiterwachsende Erhöhung der Mietpreise der Kleinwohnungen.

Der Durchschnittspreis von 115 im Jahre 1908 neu gezählten Armenwohnungen von Stube und Küche hat 23.67 Mark (1907 22.50; 1906 21.89; 1905 21.06) betragen. Bei 30 im ersten Vierteljahr 1909 gezählten solchen Wohnungen ist eine weitere Steigerung auf 24.98 Mark zu verzeichnen; 11 von den 30 Wohnungen haben über 25 Mark monatlich gekostet.

Mieten von der angegebenen Höhe zwingen natürlich fortbauend kinderreiche Familien, sich im Wohnraum auf das geringste überhaupt noch mögliche Maß zu beschränken. Aus diesem befanden sich unter den gezählten 862 Wohnungen von Stube und Küche 67, die von mehr als sechs Personen, und 25, die von mehr als sieben Personen bewohnt waren, während in sechs Wohnungen mehr als acht, in zwei Wohnungen mehr als neun Personen und in einer Wohnung von Stube und Küche sogar zwölf Personen wohnten. Welche Bedenken dieses Zusammenbringen zahlreicher Personen auf engstem Raum in gesundheitlicher Beziehung hat, bedarf keiner Ausführung; auch die Berichte der Stadtärzte weisen mehrfach darauf hin, wie sie als Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auch häufig Unternahrung haben feststellen müssen.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die Armenverwaltung auch mehr als in früheren Jahren zu erheblichen Aufwendungen genötigt, um Familien, denen Ermittlung drohte, die Wohnung zu erhalten. In 550 Fällen mußten zu diesem Zwecke 13 496.20 Mark aufgewendet werden, während in 172 Fällen weitere 3381 Mark gezahlt werden mußten, um obdachlos gewordenen Familien ein neues Unterkommen zu verschaffen.

Diese amtlichen Feststellungen müßten eigentlich für die Regierungskreise niederschmetternd wirken, sie müßten sofort Maßregeln ergreifen, damit die Brot- und Fleischpreise sinken, sie müßten einsehen, daß die hohen Zölle auf

die übrigen Konsumartikel beseitigt werden müßten. Aber da wird man sich gewaltig verrechnen. Die hohen Reichsbeamten stecken ruhig ihre schönen „Zulagen“ ein, die soziale Lage der arbeitenden Klasse ist ihnen schnuppe. — Auch der Katholikentag, der in der verflochtenen Woche in Breslau tagte, hat sich „großartig“ für die materielle Besserstellung der Arbeiter begeistert. Der Paradedarsteller Giesberts brachte nach einigem Bemühen eine Resolution zur Annahme, in welcher den Arbeitern auch das Sparen empfohlen wird. O, du lieber Himmel, mit welcher Brille muß denn Giesberts die soziale Lage der deutschen Arbeiter ansehen, wenn er solche Traktatchen empfehlen kann.

Bei der Agitation lassen sich Kundgebungen, wie die oben zitierte, mit Geschick verwerten, und wenn erst die Resultate für 1909 vorliegen, so würde der Charlottenburger Bericht sicherlich noch trüber lauten. Die deutschen Sozialpolitiker können wiederum ersehen, wie gefüllt die Kompottschüssel des Arbeiters ist. — Den Arbeitern gehen immer mehr die Augen auf über die herrlichen Zustände im Reich.

Neues Werden.

Was bisher nur in Menschenköpfen als Traum gelebt hat, tritt mit einmal in voller Körperlichkeit vor unsre Augen. Mériot überflog mit seiner ballonlosen Kraftmaschine den Kanal, Zeppelin rettete durch einen ununterbrochenen 23-Stundenflug den durch unverschuldete Mißgeschick bedrohten Auf seiner großen Erfindung. Indes kehrt der Major v. Parveval, obgleich nicht einer der Reistgenannten, doch der Lächlichsten einer, aus Frankreich von der großen Fliegerwoche zurück, überwältigt von der Größe des Gesehenen und voll von dem Gedanken, seine Kraft und Erfahrung nun ganz in den Dienst der Flugmaschinentechnik zu stellen, der die Zukunft gehört. Und mitten in diesen ungeheuren Trubel überwältigender Hoffnungen tönt eine andre Stimme, die uns verkündet, daß der Nordpol entdeckt ist und daß auf dem Äquatorpunkt des Erdballs die Erobererfahrt der Menschheit weht. So bringt die Fülle neuen Werdens von allen Seiten beäugend auf uns ein, daß wir sie kaum fassen können. Erst der Historiker wird zu schilbern vermögen, was der Sommer 1909 an neuen Reichtümern der Kultur über uns ausgeschüttet hat.

Was jetzt wirklich geworden ist, was war es vormals? Eine Idee in Menschenköpfen, ein brennender Wunsch, eine lockende Phantasie. Vielen war es bloß eine lächerliche Einbildung, eine Marotte, und wenn sie von einem sprachen, der solchen Träumen nachging, deuteten sie diesfahnd nach der Stirn. Das sind die Leute, die nie verstehen werden, daß aus einem Kopf etwas Lebendiges kommen kann, weil ihr eigener Kopf nichts als totes Gerümpel heberbergt. Das ist der Pöbel aller Stände, der die Mühe in die Luft wirft vor dem Sieger, den er gestern noch als Narren höhnte.

Jahrtausendalte Träume der Menschheit sind verwirklicht. Und dennoch — es trete einer vor und wage zu sagen: „Eure Wünsche sind erfüllt, was ihr gewollt habt, ist erreicht, ihr habt das Glück der Menschheit bereitet.“ Ein Hohngelächter der Millionen wird ihm antworten: Nein, die Wünsche der Menschheit sind nicht erfüllt, ihre höchsten Ideen harren noch der Verwirklichung.

Noch trennt der Schlagbaum der Grenze die Nation von den Nationen, noch starrt die Welt in Waffen, und unsre modernen Kannibalen werten die großen Fortschritte der Technik nur nach der Kraft der Zerstörung, die durch sie gewonnen wird. Noch lebt die ungeheure Masse der Menschen in Elend und Entbehrung — und wie bei der Weihnachtsfeier in großbürgerlichem Hause die Diensthofen, mit verlegenen Lächeln ihr Geschenk in den Händen haltend, an der Freude der reich besenkten vollwertigen Familienglieder teilnehmen, so höchstens nimmt heute noch die große Masse Anteil an der üppigen Beföderung, die die moderne Technik auf den Tischen der besitzenden Klasse aufstirmt. Die Arbeiterklasse darf sich in ihrer Ede bescheiden des Lichterglanzes freuen und dankbar sein, wenn auch für sie etwas abfällt.

Der stürmische kulturelle Fortschritt, der sich in den letzten Monaten und Wochen vor unsern Augen vollzogen hat, ist weit davon entfernt, uns zu befriedigen, er stachelt unsre Wünsche nur noch mehr auf. Großes ist geschehen, doch das Höchste und Größte muß noch getan werden. Und das Beste, das uns die großen Ereignisse der letzten Zeit gegeben haben, das war neue Zuversicht in die Macht der Idee, die über alle Widerstände der toten Materie und der menschlichen Denkfähigkeit triumphiert.

Ein großer Kampf um die Zukunft der Menschheit wird jetzt in Schweden gekämpft. Der Bourgeoispöbel höhnt über die deutschen Arbeiter, die ihre Großen an eine so aussichtslose Sache verschwenden. Doch darf man ruhig der Geschichte des Schiedsgericht anvertrauen zwischen denen, die da lästern und spotten, und den andern, die von den Schweden lernen, daß eine große Sache auch große Opfer wert ist. Und würde es kein Sieg in Schweden, wären die Opfer dann umsonst gebracht? So wenig wie die Opfer umsonst gebracht wurden, die der Fortschritt der Wissenschaft und Technik im Polareis und auf den Flugfeldern forderte! Nicht Opferwilligkeit und Mut allein, sondern Fähigkeit, die kein Zurück kennt, Zuversicht, die sich durch Fehlschläge nicht erschüttern läßt, müssen sich vereinen, wo große Gedanken nach Verwirklichung ringen. Und unter Schmerzen, Enttäuschungen, Rückschlägen — dennoch, dennoch, es geht vorwärts!

Vertragsfähigkeit der Arbeitgeberverbände.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ sieht sich in der Nummer vom 29. August wieder einmal genötigt, die Vertragstreue der Holzarbeiter in Zweifel zu ziehen. Den Anlaß dazu gaben Arbeitsniederlegungen bei der Firma Gebr. R. und M. Raul in Berlin und Pöhlert jun. in Schöneberg. In beiden Fällen könnten doch berechnete Vorkürfe nur erhoben werden,

wenn die beteiligte Organisation den Vertragsbruch unterstützt hätte, nicht aber wenn, wie in den beiden bekannten Fällen, für ordnungsmäßige Erledigung durch die zuständigen Instanzen Sorge getragen wird. Den Holzindustriellen steht es aber überhaupt schlecht an, über mangelnde Vertragstreue ihrer Arbeiter zu klagen. In dem soeben erschienenen Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1908 wird der dokumentarische Nachweis geführt, daß nicht nur einzelne Arbeitgeber, bei denen man vielleicht noch mangelhafte Auffassung des Tarifgedankens annehmen könnte, sonderbare Ansichten über Vertragstreue entwickeln, sondern sogar der Vorstand des Arbeiterschutzbundes die Nichtinnehaltung getroffener Abmachungen verteidigt. Es wird dort ferner klipp und klar nachgewiesen, daß die Mitglieder des Schutzverbandes die von ihrer Verbandsleitung getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannten und der Vorstand des Schutzverbandes sich in dieses, die Vertragstreue des Schutzverbandes zu eigenartig illustrierende Verhalten seiner Mitglieder fügte.

Feierlich hatte der Vorsitzende des Schutzverbandes, Herr Naßardt, in einem Schreiben vom 29. Januar 1908 an den Staatsminister v. Verleyß geschrieben, „daß sie sich einem Schlichtungsspruch der Schlichtungskommission, deren Vorsitzender Herr Czollenz ist, ohne weiteres unterwerfen wollen“. Trotzdem lehnten die Bezirksvereine Darmstadt, Essen, Frankfurt am Main, Ludenwalde, Magdeburg, Wiesbaden und Joppot die Anerkennung des Schlichtungsspruches ab.

Wurde in diesen Fällen die Verbandsleitung von ihren Mitgliedern im Stich gelassen, so hat sich die Verbandsleitung in einem weiteren Falle recht kräftige Seitenhiebe erlaubt. Die Eisenacher Holzarbeiter glaubten Ausstellungen an der Erfüllung des mit dem dortigen Schutzverband getroffenen Abkommens machen zu sollen und wandten sich deshalb an den örtlichen Vorsitzenden. Dieser antwortete darauf:

„Wenn Sie Anspruch darauf erheben, daß unser Vertrag bei der jetzigen Geschäftslage eingehalten werden soll, so müssen Sie jedenfalls darauf bedacht sein, daß Ihre Mitglieder bei uns fernstehenden Betrieben, also Nichtmitgliedern des Arbeitgeberverbandes, zu keinen günstigeren Bedingungen für die betreffenden Arbeitgeber arbeiten. — Wird Ihnen dies nachgewiesen, so haben Sie absolut keine Aussicht auf strikte Durchführung unserer Vertragspflichten, jedenfalls würde ich es unter diesen Umständen ablehnen, weitere Schritte zu unternehmen. — Die Bestimmung bei unsern Mitgliedern über den Ausgang des Vertrages ist bei der jetzigen Zeit so stark, daß es nur einiger Beschwerden Ihrerseits bedarf, um den unsrigen Kontrahenten des Vertrages zu verlieren. Persönlich werde ich versuchen, wenn solche Uebelstände wirklich vorhanden sind, auf deren Abstellung einzuwirken, aber auf Erfolg habe ich selbst keinen Glauben, möchte Ihnen vielmehr raten, mit dem Erreichten recht zufrieden zu sein und kleinere Übertretungen nicht zu sehen: ich glaube, daß Sie damit besser fahren. Nach der nächsten Versammlung werde ich Ihnen auch die unsrigen Mitglieder der Schlichtungskommission namhaft machen.“

Das war etwas reichlich viel. Kein Wort der vertraglichen Abmachungen deutet auf eine Klausel hin, nach der die Erfüllung des Vertrages ausgeföhrt werden kann, wenn in andern Betrieben zu andern Bedingungen gearbeitet wird. Trotz dieser offenkundigen Vertragsverletzung brachte es auf Einspruch des Holzarbeiterverbandes der Vorstand des Arbeiterschutzbundes fertig, zu antworten:

„Wir schließen uns diesem Schreiben voll und ganz an, und machen auch wir Sie darauf aufmerksam, daß, so lange Arbeitgeber, die uns nicht angehören, zu günstigeren Bedingungen arbeiten wie unsere Mitglieder, wir unter keinen Umständen die Garantie für Innehaltung der Verträge seitens unserer Mitglieder übernehmen können.“

Es bedurfte ganz energischen Auftretens des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes, um der Leitung der Arbeiterschutzbundorganisation begreiflich zu machen, daß auch die Herren Arbeitgeber einmal getroffene Abmachungen respektieren müssen. Die Herren aus dem Lager der Arbeiterschutzbundorganisation haben also gar keine Veranlassung zu einem pharisäischen Gezeier über die Vertragsuntreue der Arbeiter.

Sechste Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

I.

Montag, den 30. August, trat in Paris im Café du Globe die Konferenz zusammen. Vertreter waren folgende Länder: England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Desterreich, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, die Schweiz, Italien, Spanien und Nordamerika. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde folgende Sympathieerklärung verlesen:

Die zur 6. Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Paris vereinigten Vertreter von England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Desterreich, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, der Schweiz, Italien, Spanien und Nordamerika sprechen den schwedischen Arbeitern zu ihrem bewundernswerten Kampfe gegen das vereinigte Unternehmertum ihre lebhafteste Sympathie aus und versprechen, sie in jeder Weise moralisch und materiell zu unterstützen. — Ebenfalls erklärt die Konferenz ihre Sympathie den mutigen spanischen Kameraden, die sich der Mobilisierungsbewegung durch den Generalstreik widersetzen haben. Sie spricht die Hoffnung aus, daß es den Arbeitern aller Länder bald gelingen möge, durch ihren Einfluß und durch Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel Kriege zu verhüten.

Die Sitzung wurde durch Jvetot, dem einen Vertreter der Konföderation du Travail Frankreichs eröffnet. Der andre französische Vertreter, der kürzlich gewählte Sekretär der Konföderation, Jouhaux, begrüßte die erschienenen Delegierten und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz zur Stärkung der internationalen Beziehungen beitragen möge.

Zu Leitern der Konferenz wurden Jvetot und Jouhaux zum Schriftführer Sassenbach gewählt. — Zunächst sind einige Fragen betreffs Zulassung zur Konferenz zu entscheiden. In Bulgarien befinden sich zwei gewerkschaftliche Landeszentralen, von denen die eine dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist, indessen keinen Vertreter entsandt hat. Die andre Zentrale ist nicht angeschlossen, doch ist ein Vertreter erschienen. Nach den Satzungen des internationalen Sekretariats kann aus jedem Lande nur eine Zentrale angeschlossen sein. Der Vertreter Bulgariens kann daher als Delegierter nicht zugelassen werden, doch wird er als Gast der Konferenz mit beratender Stimme zugelassen. — In Rumänien besteht eine Landeszentrale, die indessen dem internationalen Sekretariat nicht angeschlossen ist, und ihren Anschluß noch nicht angemeldet hat; auch ist kein Delegierter beim internationalen Sekretariat angemeldet worden. Ein in Paris lebender rumänischer Genosse war mit der Vertretung der bulgarischen Landeszentrale beauftragt. Er war auch damit beauftragt, den Anschluß Bulgariens an das internationale Sekretariat nachzugehen. Die Konferenz lehnte diesen mündlich gestellten Antrag als unzulässig ab. Bezüglich der Zulassung als Delegierter liegt ein Beschluß der Dubliner Konferenz vor, wonach als Delegierte nur solche Personen zugelassen werden können, die im betreffenden Lande selbst in der Bewegung tätig sind. Man könne daher einen in Paris wohnenden Bulgaren nicht als Delegierten zulassen. Es wird aber auch dem bulgarischen Genossen das Recht eingeräumt, als Gast mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilzunehmen. Eine gewisse Schwierigkeit macht diesmal die Uebersetzung.

Während auf den früheren Kongressen in der Regel nur deutsch, französisch und englisch gesprochen wurde, kommen diesmal noch dänisch, holländisch, italienisch und spanisch hinzu. Das frühere System der privaten, gleichzeitig mit leiser Stimme gegebenen Uebersetzung ließ sich nicht beibehalten; es wurde daher beschlossen, sämtliche Reden offiziell ins Deutsche, Französische und Englische übertragen zu lassen.

Eine ausgedehnte Diskussion entstand über die Zulassung der Presse und der Öffentlichkeit. Die französischen Genossen machten den Vorschlag, nicht offiziell zu tagen, um der Konferenz ein ruhiges Arbeiten zu ermöglichen. Es sei doch nicht möglich, alle Interessenten zuzulassen. Im Bureau der Konföderation seien so viele Zulassungsanträge eingelaufen, daß man unmöglich inskandem gehen sei, ihnen zu entsprechen. Von verschiedenen andern Seiten wird dem entgegengehalten, daß die Konferenz ein großes Interesse daran habe, in voller Öffentlichkeit und unter Teilnahme der Presse zu verhandeln. Die Beschlüsse der Konferenz interessierten alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; und wenn in der bürgerlichen Presse ein schiefes Bild erscheinen sollte, so sei das gleichgültig. Es wird denn auch beschlossen, Presse und Gäste zuzulassen.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst die Sympathieerklärung an die schwedischen und spanischen Arbeiter einstimmig angenommen.

Darauf gibt Legien eine kurze Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Bericht. Der Bericht beschäftigte sich zunächst mit den Beziehungen zwischen internationalem Sekretariat und der American Federation of Labor. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß diesmal ein Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften an der Konferenz teilnimmt. Der internationale Sekretär spricht die Hoffnung aus, daß diese Teilnahme zum Anschluß der Föderation an das internationale Sekretariat führen wird. Die Gewerkschaften in Bosnien und der Herzegovina haben den Anschluß an das internationale Sekretariat beantragt. Es wird dann die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Länder und die von ihnen geleistete Beitragszahlung angegeben. Frankreich hat in den letzten 4 Jahren keine Angaben über die Zahl der Mitglieder gemacht. Im ganzen umfassen die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Gewerkschaften 4 246 000 Mitglieder. Der Beitrag beträgt seit 1905 pro 1000 Mitglieder und Jahr 1 Mark, von 1907 an 1.50 Mark. Die Beiträge sind im allgemeinen regelmäßig eingelaufen. Die internationalen Berichte, die seit 1903 in drei Sprachen herausgegeben werden, erschienen im letzten Jahre in 2900 deutlichen, 1000 englischen und 600 französischen Exemplaren. Zur Vermittlung von Streikunterstützung wurde das internationale Sekretariat in der Berichtsperiode zweimal in Anspruch genommen, einmal für die in Finnland ansässigen Metallarbeiter und dann für den jetzigen Kampf in Schweden. — In seinen Erläuterungen führt Legien aus, daß Gompers selbstverständlich nur dann als vollberechtigter Delegierter an der Konferenz teilnehmen kann, wenn er den Anschluß der Föderation von Labor anmeldet, im andern Falle sei auch er als Gast zu betrachten. Die Aufnahme der Landeszentralen für Bosnien und die Herzegovina beschränkt der Redner. Im übrigen weist er auf die erfreuliche Tatsache hin, daß die internationalen Beziehungen sich erweitert und die einzelnen Gewerkschaften sich erfreulich entwickelt hätten. Nachdem der österreichische Vertreter erklärt hat, keine Einwendungen gegen den Anschluß der Gewerkschaften Bosniens und der Herzegovina zu haben, wird ihre Aufnahme in das internationale Sekretariat beschlossen.

Suzmans, der Vertreter Belgiens, fragt an, ob die Beitragszahlung der französischen Gewerkschaften im Verhältnis zur Mitgliederzahl stehe. Nach den gezahlten Beiträgen müßte die Mitgliederzahl in der letzten Zeit sehr zurückgegangen sein. — Jvetot erklärt hierzu, daß die Franzosen der Frage der Beitragsleistung indifferent gegenüberstehen haben, weil der internationale Sekretär den Wünschen der französischen Gewerkschaften ebenfalls indifferent gegenüberstehen hat. Es wird bei dieser Gelegenheit der bekannte Gegensatz zwischen der Konföderation einerseits und dem internationalen Sekretariat andererseits Zentralen andererseits, bezüglich der auf die Tagesordnung der Konferenz zu legenden Punkte zur Sprache gebracht. Die Aussprache erfolgt in durchaus freundschaftlicher Weise und Jouhaux selbst schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Die Diskussion darüber nimmt die ganze Zeit bis zum Schluß der Sitzung ein. Zunächst macht Gompers längere Ausführungen über die Entwicklung der Landeszentrale Amerikas und das internationale Sekretariat. Was seine jetzige Teilnahme anlangt, so sei er von seiner Organisation nur beauftragt, an der Konferenz teilzunehmen. Eine Erklärung über ihren Beitritt könne er nicht abgeben, er glaube aber bestimmt, daß es zum Anschluß der amerikanischen Landeszentrale kommen werde. Jvetot hält die Erklärung von Gompers nicht für ausreichend. Gompers habe Zeit genug gehabt, mit seiner Organisation Rücksprache zu nehmen, um hier eine bindende Erklärung abgeben zu können. Redner glaubt nicht an den guten Willen der leitenden Personen der amerikanischen Gewerkschaften. Gompers erklärt nochmals, daß er nicht zu entscheiden hat, daß er aber bestimmt glaubt, daß der Anschluß erfolgen wird; er selbst wolle darauf hinwirken. Es wird dann beschlossen, daß Gompers als Gast an der Konferenz teilnimmt und daß ihm das Wort zur Begründung der von den Amerikanern gestellten Anträge erteilt wird. Die amerikanischen Anträge sollen dann den internationalen Landeszentralen zur Beratung überwiesen werden, so daß sie nach erfolgtem Anschluß der Amerikaner auf der nächsten Konferenz behandelt werden. — Der Bericht des internationalen Sekretärs wird einstimmig gutgeheißen.

Ein gestrauchelter christlich-nationaler Arbeiterabgeordneter.

„Es geht ein gemeines Geschrei, daß Hurerei unter Euch sei.“
Paulus im Korintherbrief 5, 1.

Der christlich-nationale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schäd hat sich als galanter Sittlichkeitsapostel entpuppt. Er, der Arbeiterabgeordnete, suchte da kürzlich in einem Inserat der Hamburger Fremdenzeitung unter C. 8434 eine Reisebegleiterin nach der holländischen Schweiz.

Daraufhin meldete sich ein Mädchen von 20 Jahren, das durch ein anonymes Schreiben nach dem Dammtorbahnhof in Hamburg bestellt wurde. Dort eingetroffen, fand es ein Ehepaar vor, das merkwürdigerweise seinen Namen nicht nannte. Und dunkel blieb dem Mädchen der Sinn mancherlei Redewendungen, die das Ehepaar gebrauchte. Das Ehepaar selbst hatte die Auffassung, daß das junge Mädchen nicht alles verstanden habe; denn der Herr sandte ihm unter dem 19. Juli noch ein Schreiben, in dem es hieß:

Hamburg, den 19. Juli 1909.

Geehrtes Fräulein!

Es ist uns aber zweifelhaft, ob Sie uns richtig verstanden haben, was wir unter dem innigen Verhältnis meinen, zu dem wir Sie einladen. Wir wollen mit der jungen Dame, die wir suchen, das Leben und die Freuden der Liebe, ihre Schönheiten in allen Teilen gemeinschaftlich genießen in Körperlicher und seelischer Gemeinschaft. Sie soll als richtig gleichberechtigte Dritte in unsern Bund eintreten und müßte bei gegenseitiger Neigung natürlich ebenso wie meine Frau die Gefühle für einen Mann und Frau in sich vereinigen. Sollten Sie uns aber doch richtig verstanden haben, so bitten wir um Ihre Nachsicht.

Jedenfalls würden Sie bei uns recht glücklich sein. Indem ich Ihnen Ihr Bild, da wir Sie ja jetzt kennen gelernt

haben, zurücksende — übrigens reicht das Bild nicht entfernt an die Wirklichkeit heran —, verbleibe in der Hoffnung auf eine zusage Antwort, die erbeten wird unter

Triolo.

Die Eltern des jungen Mädchens vermuteten in dem Briefschreiber einen Mädchenhändler und so wurde der Triolische Brief der Polizei übergeben. Die erbetene Antwort wurde natürlich baldigt gegeben.

Derjenige, welcher den anonymen Brief abholte, war der christlich-soziale Arbeiterabgeordnete Wilhelm Schäd. Die Kriminalpolizei nahm den Herrn Reichstagsabgeordneten im Postgebäude in Empfang und er mußte sich einem strengen Verhör unterziehen. Herr Schäd ist der großsprechendste Vorsitzende des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes und hat in seiner Eigenschaft als Reichstagsdeputatus schon mehrmals Gelegenheit genommen, im Sinne Roerens über die Unmoral des deutschen Volkes zu wettern. Und nun stellt sich heraus, daß er sich noch eine zweite Frau leisten möchte, mit der er alle Liebesfreuden teilen wollte.

Ob nun der moralisch so niedergebittelte Herr Schäd sein Reichstagsmandat niederlegen wird? Ob er nun weiter als Vorstand der nationalen Handlungsgehilfen paradiert will? Schäd täte gut, türkischer Untertan zu werden. Dort könnte er sich einen Harem einrichten. Ob ihm aber die Muselmänner ein Mandat in die Deputiertenkammer übertragen würden, glauben wir allerdings kaum.

So sehen die nationalen Ordnungsmänner im Adamskostüm aus. Den deutschen Moralphilistern hat der gute nationale Abgeordnete einen mächtigen Schlag ins Kontor versetzt. Die nationalen Handlungsgehilfen sind in tiefe Trauer versetzt, denn solche moralische Seitenhiebe hätten sie ihrem Herrn und Meister doch nicht zugetraut. Auch die bürgerliche Presse hätte über diesen Sündenfall gern geschwiegen, aber das Verbandsorgan des Zentralverbandes deutscher Handlungsgehilfen hat den liebestollen Sittlichkeitsfeger entlarvt.

Der Verband der Steinsetzer und Pflasterer im Jahre 1908.

Als ein Jahr des Kampfes und der Krise bezeichnet der Vorstand in seinem soeben erschienenen Jahresbericht das Jahr 1908. Die Kämpfe im Berichtsjahre waren meistens Abwehrkämpfe, und zwar solche großen Stills, worunter besonders die Aussperrung in Rheinland und Westfalen zu rechnen ist. Obgleich in diesem Kampfe viele günstige Faktoren auf Seiten des Gegners standen, wurde der Kampf von den Arbeitern gut bestanden. Und der Verband erhielt in diesem Bezirk — trotz der Krise — noch einen Zugang an Mitgliedern. Der Mitgliederbestand selbst hatte einen kleinen Verlust von 228 zu verzeichnen; im Jahresdurchschnitt mit 10 356 nur 39 Mitglieder. Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen fanden insgesamt 124 in 218 Orten in 592 Betrieben mit 11 943 Beschäftigten statt. In 101 Fällen hatten in 195 Orten und in 557 Betrieben 11 213 Arbeiter Forderungen gestellt. Ohne ArbeitsEinstellung, durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, wurden die Forderungen in 67 Fällen an 129 Orten für 8102 Beschäftigte erledigt; durch stillschweigendes Zugeständnis der Unternehmer in 5 Fällen an 5 Orten für 194 Beschäftigte. In 12 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen und in 17 Fällen fanden Streiks und Aussperrungen statt, die sich auf 49 Orte und 121 Betriebe mit 2225 Beschäftigten erstreckten. Von den Unternehmern wurden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 23 Fällen versucht, wodurch 732 Arbeiter betroffen wurden. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1765 Personen von 6755 Stunden pro Woche; eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde von 78 Mann mit 234 Stunden pro Woche abgewehrt. Lohnerhöhungen wurden für 5450 Mann mit 18 461 Mark pro Woche erreicht, eine Herabsetzung der Löhne wurde für 371 Mann mit 854 Mark pro Woche abgewehrt. Eine Lohnherabsetzung trat nur für 8 Mann in Höhe von 72 Mark pro Woche ein. Für die Lohnbewegungen wurden rund 123 000 Mark verauslagt. Tarifverträge wurden 84 abgeschlossen für 6295 Arbeiter; am Jahresfluß bestanden 117 Tarife in 826 Betrieben für 8496 Personen.

Der Kassenabfluß war nicht gerade günstig. Einer Gesamteinnahme von 216 887.93 Mark stand eine Ausgabe von 236 713.70 Mark gegenüber. Der Kassenbestand in der Hauptkasse betrug 66 407.24 Mark, der Vermögensbestand des Verbandes inklusive 127 724.50 Mark, der Bestand des Streifonds 213 641.80 Mark. Die Ausgabe für Unterstufungen war eine sehr hohe. Für Streikunterstützung wurden rund 116 000 Mark, für Krankenunterstützung 17 000 Mark, für Sterbeunterstützung 11 000 Mark und für Reiseunterstützung 2500 Mark gezahlt. Interessant ist, daß unter den Krankheitsarten neben Verletzungen resp. Unfällen mit 252 Fällen die Berufskrankheit der Steinseher, Rheumatismus, mit 265 Erkrankungsfällen die höchste Ziffer aufweist, nachdem weissen Brust- und Lungenleiden mit 186 Fällen die höchste Erkrankungsziffer auf.

In einem besonderen Teile des Berichts wird die Aussperrung in Rheinland-Westfalen, als ein Dokument kommunistischer Sozialpolitik im Staate der Sozialreform, behandelt. Es wurde bei dieser Lohnbewegung erwiesen, daß eine große Anzahl Stadtverwaltungen in Rheinland und Westfalen es fertigbrachten, bei einer von dem organisierten Unternehmertum heraufbeschworenen Machtprobe sich völlig unverhüllt auf die Seite des Unternehmertums zu stellen und ihm gegen die ausgesperrten Arbeiter in der ausgiebigsten Weise den Rücken zu steifen. Schließlich drangen die Arbeiter dennoch in neuwürdigem Kampfe mit ihren Forderungen durch und erreichten einen Tarifabschluß. Die Organisation der Unternehmer im Gewerbe hat im Jahre 1908 ganz erhebliche Fortschritte gemacht, weshalb die Steinseher und Pflasterer die doppelte Pflicht haben, auch ihrerseits mit aller Energie für eine Stärkung ihrer Organisation zu sorgen.

Aus dem bürgerlichen Recht.

Die Unterhaltungspflicht.

6. Auf Grund der gesetzlichen Unterhaltungspflicht ist der Mann nach Maßgabe seiner Lebensstellung, seines Vermögens und seiner Erwerbsfähigkeit verpflichtet, der Frau Unterhalt zu gewähren. Dieselbe Verpflichtung besteht für die Frau, wenn der Mann außerstande ist, sich selbst zu ernähren. Leben die Ehegatten getrennt, so ist, so lange einer von ihnen die Herstellung des ehelichen Lebens verweigern darf und verweigert, der Unterhalt durch Entrichtung einer Geldrente zu gewähren. Der Mann hat der Frau auch die zur Führung eines getrennten Haushalts erforderlichen Sachen aus dem gemeinschaftlichen Haushalt zum Gebrauch herauszugeben, es sei denn, daß die Sachen für ihn unentbehrlich sind oder daß sich solche Sachen in dem der Verfügung der Frau unterliegenden Vermögen befinden. Während des Scheidungsprozesses kann der Anspruch auf Unterhaltungsgewährung nicht nur im Wege der einstweiligen Verfügung, sondern auch durch ordentliche Klage geltend gemacht werden.

Ebenso wie die Ehegatten verpflichtet sind, einander Unterhalt zu gewähren, ist diese Verpflichtung gesetzlich den Verwandten in gerader Linie auferlegt. Keine Unterhaltungspflicht besteht dagegen unter Geschwistern, ferner unter Schwägern, zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, sowie zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern. Unterhaltungsbedürftig ist nur, wer außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Unterhaltungspflichtig ist nicht, wer bei Berücksichtigung seiner

sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Bestehen sich Eltern in dieser Lage, so sind sie ihren minderjährigen unverheirateten Kindern gegenüber verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu ihrem und der Kinder Unterhalt gleichmäßig zu verwenden. Diese Verpflichtung tritt nicht ein, wenn ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter vorhanden ist; sie tritt auch nicht ein gegenüber einem Kind, dessen Unterhalt aus dem Stamm seines Vermögens bestritten werden kann. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sind die Eltern in einem solchen Falle nicht befugt, aus den verfügbaren Mitteln zur Sicherung ihres eigenen standesgemäßen oder auch nur notdürftigen Unterhalts etwas vorweg zu nehmen.

Soweit die Unterhaltungspflicht einer Frau ihren Verwandten gegenüber davon abhängt, daß sie zur Gewährung des Unterhalts in stande ist, kommt die dem Manne an dem eingebrachten Gut zustehende Verwaltung und Nutznießung nicht in Betracht. Hiernach muß also das Recht der Verwaltung und Nutznießung des Mannes gegenüber dem Recht eines unterhaltspflichtigen Verwandten der Frau auf Unterhalt zurücktreten, und der Mann muß sich gefallen lassen, daß die Ausgaben, ja sogar der Stamm des eingebrachten Guts zur Deckung des Unterhalts des Verwandten der Frau aufgebraucht werden. Soweit die Unterhaltungspflicht eines minderjährigen Kindes seinen Verwandten gegenüber davon abhängt, daß es zur Gewährung des Unterhalts in stande ist, kommt die elterliche Nutznießung an dem Vermögen des Kindes nicht in Betracht.

Die Abkömmlinge sind vor den Verwandten der aufsteigenden Linie unterhaltspflichtig. Die Unterhaltungspflicht der Abkömmlinge bestimmt sich nach der gesetzlichen Erbfolgeordnung und dem Verhältnis der Erbeile. Unter den Verwandten der aufsteigenden Linie hatten die näheren vor den entfernteren, mehrere gleich nahe zu gleichen Teilen. Der Vater haftet jedoch vor der Mutter; steht die Nutznießung an dem Vermögen des Kindes der Mutter zu, so haftet die Mutter vor dem Vater. Ist z. B. von mehreren Kindern das eine oder andre leistungsunfähig, so können die Eltern von den andern leistungsfähigen Kindern den vollen Unterhalt verlangen. Der Ehegatte eines Bedürftigen haftet vor dessen Verwandten. Soweit jedoch der Ehegatte bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren, haften die Verwandten vor dem Ehegatten. Das gleiche gilt auch dann, wenn der Bedürftige gegen seinen früheren Ehegatten im Falle der Scheidung, der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft oder Auflösung der Ehe durch Wiederverheiratung nach erfolgter Todeserklärung unterhaltungsberchtig ist.

Sind mehrere Bedürftige vorhanden und ist der Unterhaltungspflichtige außerstande, allen Unterhalt zu gewähren, so gehen unter ihnen die Abkömmlinge der Verwandten der aufsteigenden Linie, unter den Abkömmlingen diejenigen, welche im Falle der gesetzlichen Erbfolge als Erben berufen sein würden, den übrigen Abkömmlingen, unter den Verwandten der aufsteigenden Linie die näheren den entfernteren vor. Der Ehegatte steht den minderjährigen unverheirateten Kindern gleich; er geht andern Kindern und den übrigen Verwandten vor. Ein geschiedener Ehegatte geht den volljährigen oder verheirateten Kindern und den übrigen Verwandten vor.

Das Maß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen (standesgemäßer Unterhalt). Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf; bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Beruf. Wer durch sein sittliches Verhalten bedürftig geworden ist, kann nur den notwendigen Unterhalt verlangen. Der gleiche Beschränkung unterliegt der Unterhaltungsanspruch der Abkömmlinge, der Eltern und des Ehegatten, wenn sie sich einer Verschwendung schuldig machen, die den Unterhaltungspflichtigen berechtigt, ihnen den Pflichtteil zu entziehen, sowie der Unterhaltungsanspruch der Großeltern und der weiteren Voreltern, wenn ihnen gegenüber die Voraussetzungen vorliegen, unter denen Kinder berechtigt sind, ihren Eltern den Pflichtteil zu entziehen. Der Bedürftige kann wegen einer nach diesen Vorschriften eintretenden Beschränkung seines Anspruchs nicht andere Unterhaltungspflichtige in Anspruch nehmen. Der Unterhalt ist durch Entziehung einer Geldrente zu gewähren. Der Verpflichtete kann verlangen, daß ihm die Gewährung des Unterhalts in anderer Art gestattet wird, wenn besondere Gründe es rechtfertigen. Haben Eltern einem unverheirateten Kind Unterhalt zu gewähren, so können sie bestimmen, in welcher Art und für welche Zeit im voraus der Unterhalt gewährt werden soll. Aus besonderen Gründen kann das Vormundschaftsgericht auf Antrag des Kindes die Bestimmung der Eltern ändern. Das Recht des Vaters, die Art der ihm obliegenden Unterhaltungsgewährung selbst zu bestimmen, hat seine Grenze darin, daß der Unterhalt in der dargebotenen Art dem Kind erreichbar sein muß.

Für die Vergangeneit kann der Berechtigte Erfüllung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung nur von der Zeit an fordern, zu welcher der Verpflichtete in Verzug gekommen oder der Unterhaltungsanspruch rechtsfähig geworden ist. Für die Zukunft kann auf den Unterhalt nicht verzichtet werden. Der Unterhaltungsanspruch erlischt mit dem Tode des Berechtigten oder des Verpflichteten, soweit er nicht auf Erfüllung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung für die Vergangeneit oder auf solche im voraus zu bewirkende Leistungen gerichtet ist, die zur Zeit des Todes des Berechtigten oder des Verpflichteten fällig sind. Im Falle des Todes des Berechtigten hat der Verpflichtete die Kosten der Beerdigung zu tragen, soweit ihre Bezahlung nicht von dem Erben zu erlangen ist.

Für die unehelichen Kinder hat das Bürgerliche Gesetzbuch die Unterhaltungspflicht in der Weise geregelt, daß der Vater des unehelichen Kindes verpflichtet ist, dem Kinde bis zur Vollendung des sechzehnten Lebensjahres den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren. Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf, sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Beruf. Ist das Kind zur Zeit der Vollendung des sechzehnten Lebensjahres infolge Körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu ernähren, so hat ihm der Vater auch über diese Zeit hinaus Unterhalt zu gewähren. Die Unterhaltungsgelder müssen stets für drei Monate im voraus gezahlt werden. Außer den Unterhaltungsgeldern für das Kind muß der Vater der Mutter die Kosten der Entbindung, sowie die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu ersetzen. Vereinbarungen über eine zu zahlende Abfindungssumme unterliegen der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

Als uneheliche Kinder gelten auch die im Ehebruch erzeugten Kinder, sofern der Ehemann der Mutter die Ehelichkeit des Kindes erfolgreich angefochten hat. Dies muß innerhalb eines Jahres von dem Tage ab gerechnet geschehen, mit welchem der Mann die Geburt des Kindes erfährt. Solange dies nicht geschehen, können Ansprüche gegen den wirklichen (außerhehlichen) Erzeuger seitens des Kindes mit Erfolg nicht geltend gemacht werden.

Zum Schluß soll noch bemerkt werden, daß die Unterhaltungsgelder vom Lohn in Abzug gebracht werden können. Auch kann nach § 361 Abs. 10 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft werden, wer, obwohl er in der Lage ist, diejenigen, die von seiner Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde verweigert, daß durch Ver-

mittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Diesen Paragraphen hat man auch schon gegen Erzeuger unehelicher Kinder in Anwendung zu bringen versucht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Um den abgebrannten Kollegen von Neuforg die zugehörige Unterstützung baldigt zukommen lassen zu können, wird die Sammlung am 18. September 1909 geschlossen. Alle noch beabsichtigte Zuwendungen bitten wir so zeitig abzugeben, daß sie bis zum genannten Termin in unseren Händen sind.

Sudwig Geiß, Kassierer.

Verdingen. Der Steinarbeiter David Renz ist nach § 3 Abs. 5b wegen gewinnlühiger Verbandschädigung aus dem Verbands ausgeschlossen.

Korrespondenzen

Demitz-Thumitz. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 29. August in Neuschmölln statt, in welcher sich erfreulicherweise auch viele Frauen eingefunden hatten. Genosse Franz Müller-Kadeberg hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und er erzielte am Schluß reichen Beifall. Alsdann berichtete der Vertrauensmann über das Resultat der am 25. Juni erfolgten Fählung der im Demitzer Granitgebiet beschäftigten Arbeiter und über das Ergebnis der diesjährigen Berufsstatistik. Es waren im ganzen 1516 Arbeiter beschäftigt, das sind 77 mehr als 1908, und zwar 631 Steinmehnen, 347 Dreher, 144 Pflastersteinarbeiter, 30 Schleifer und 355 sonstige Arbeiter. Davon waren im ganzen organisiert 358 oder 23,65 Prozent, und zwar 134 Steinmehnen oder 21,25 Prozent, 131 Dreher oder 37,75 Prozent, 67 Pflastersteinarbeiter oder 46,5 Prozent, 13 Schleifer oder 13,5 Prozent und 13 sonstige Arbeiter oder 3,66 Prozent. (Das Ergebnis der diesjährigen Berufsstatistik haben wir an anderer Stelle unserer Zeitung bekannt gegeben.) Einige in letzter Versammlung zurückgestellte Anträge wurden durch einstimmige Annahme erledigt. Ferner wurde das Verhalten der Firma E. G. Kunath und des Herrn Ernst Eisold vom Kollegen Purjche scharf gekennzeichnet. Diese beiden Firmen verstehen es vortrefflich, durch direkte und indirekte Lohnabzüge die Lebenshaltung ihrer Arbeiter noch mehr herabzudrücken. Die reisenden Kollegen seien hiermit auf dieses Gebaren aufmerksam gemacht und werden ersucht, Demitz-Thumitz, resp. diese beiden Firmen zu meiden oder sich an den Vertrauensmann zu wenden, ehe sie um Arbeit anfragen. Nach § 9 Abs. 3 der Bundesratsverordnung ist es zwar gestattet, auf die Dauer von 14 Tagen täglich 2 Stunden länger arbeiten zu lassen, wenn die Arbeiten in Notfällen oder im öffentlichen Interesse vorgenommen werden müssen. Ob dies bei Kunath der Fall ist, mag dahingestellt sein, auf alle Fälle aber müssen wir verlangen, daß die untere Verwaltungsbehörde, welche derartige Ausnahmen zulassen kann, genau prüft, ob es auch tatsächlich im Notfall oder im öffentlichen Interesse geschieht. Aus all diesem ist zu ersehen, daß dort, wo die Organisationsverhältnisse noch schlecht sind, der Arbeiter nur ein Spielball in den Händen der Unternehmer ist. In einem kurzen aber kräftigen Schlußwort ermahnte Genosse Müller die Anwesenden, fest zusammenzuhalten und die Indifferenten aufzurütteln. Mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband und mit der Aufforderung, unsere Zahlstelle so auszubauen, daß sie in stande ist, jeden Schlag der Unternehmer zu parieren, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Kalenbach (Mehlschlag). Welch herrliche und gemütliche Zustände hier bei der Firma Anton Jäger bestehen, mag folgender Fall erklären. Nicht genug damit, daß die Steinhauer bei schwerer Bucherei den horrenden Lohn von 3,50 M. täglich erschwängen können, findet es der Volke Baumgärtner für angebracht, auch hier und da den Steinhauern etwas Blut abzugapfen. Als der Steinhauer Wendelin Roth vom Abbanen zurückkehrte und sich gerade, da es Mittag war, anziehen wollte, kam der sehr zuvorkommende Polier auf den ahnungslos dastehenden Steinhauer zu und schlug ihm hinterwärts mit einem Steinhauerknüttel über das rechte Auge, so daß derselbe sofort zusammenbrach, auch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und acht Tage arbeitsunfähig war. Wir möchten bloß der Firma Jäger raten, diesen Knüttelpolier mehr zu kontrollieren. Die Firma scheint auf Reputation nicht viel zu geben, wenn sie einen solch „schlagfertigen“ Polier auch weiterhin beschäftigen will. Die Löhne sind ebenfalls recht miserabel, so daß die hiesigen Kollegen einsehen werden, daß sie nur durch den Verband Hilfe erlangen können.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 24. August, tagte unsere allmonatliche Mitgliederversammlung. Kollege Menges hielt einen recht interessanten Vortrag über die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1908. Er führte u. a. aus, daß die Gesetzgebung für Arbeiterschutz in den letzten Jahren stockte und in bezug auf Arbeitszeitverkürzung keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen hat. In der Scherrenindustrie, Regierungsbezirk Düsseldorf, arbeiten zurzeit noch 8600 Mann regelmäßig mit 24stündiger Beschäftigung. Ferner weist der Bericht nach, daß während der Krise in vielen Bezirken die Männer entlassen und billigeren Arbeitskräfte, die Frauen, eingestellt wurden. In Punkt Geschäftliches wurden 20 M. für die abgebrannten Kollegen in Neuforg und 20 M. für den schwedischen Generalstreik bewilligt. Es wurde hauptsächlich betont, daß die auswärtigen Kollegen nicht auf den Plänen vorpressen sollen. Es wurde beschlossen, zur besseren Unterstützung der reisenden Kollegen die Beitragserhöhung auf die nächste Tagesordnung zu setzen, damit nicht die Kollegen erst sämtliche Plätze abhupfen müssen. An der Statistik beteiligten sich 92 Kollegen oder 70 Prozent. Davon waren 55 Sandsteinmehnen, 24 Marmorarbeiter und 8 Marmorerschleifer; außerdem waren 5 Statistiken nicht verwendbar. Die Sandsteinmehnen verdienen im Durchschnitt 4,43 M., die Marmorarbeiter 4,93 M. 90 Kollegen erreichten ein Gesamtalter von 3004 Jahren oder ein Durchschnittsalter von 35 Jahren.

Herbede. Ein Wort zu schreiben über Herbeder Verhältnisse wird jeden reisenden Kollegen interessieren. Fortgesetzt kann man im Deutschen Arbeitsmarkt lesen, tüchtige Steinmehnen werden gesucht bei hohem Lohn. Ich für meine Person will aber keinem Kollegen raten, auf ein solches Inferat reinzufallen. Diese Sorte von Arbeitgebern spotten jeder Beschreibung, nicht nur, daß unsere Bundesratsverordnung illusorisch gemacht wird, nein, sogar prügeln und in schubereite Poliere kann man daselbst vorfinden. Man denke sich eine aufgerissene Landstraße und darauf herumgestolpert, so wäre das noch golden gegen die Steinmehnenplage von Herbede.

Ramenz. Am 15. August tagte im Gasthof zur Eisenbahn in Wiesa unsere leidlich besuchte Steinarbeiterversammlung. Im 1. Punkt beschäftigte sich die Versammlung mit unserer Lokalfrage. Auf Antrag Ernst Hendl wurde der Beschluß gefaßt, daß 100 M. in die Stadtparlatte einzulegen sind. Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen. Die Kollegen der Firma Schade erbat sich im Juni den Gauleiter J. Jahn, um mit Herrn Schade zu verhandeln. Die Verhandlung zeitigte kein greifbares Resultat. Leider ist Jahn seitdem nicht wiedergekommen, seine Anwesenheit wäre dringend notwendig. Das Verhalten Jahns wurde beklagt. Einige Redner sind jedoch der Meinung, daß Jahn seine Pflicht im weitesten Maße getan hat.

Lahr. Am 25. August fand im Gasthaus zum Adler eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Grund der Versammlung war das Verhalten der Kollegen am Dinglinger Bahnbau und der Ausschluß der Kollegen Joseph Dehler und Konrad Ruser wegen Tarifbruchs. Beim 1. Punkt handelte es sich hauptsächlich um den Kollegen Peter Weismann, Vorsitzender der Zahlstelle Emmendingen, weil er am genannten Bahnbau 11 Stunden täglich gearbeitet hatte. Gauleiter Braun erklärte, wenn Weismann sich nicht gegen die ihm zur Last gelegten Taten verteidigen könne, müsse er es als eine niederträchtige Handlungsweise bezeichnen. Daß er (W.) 11 Stunden gearbeitet hatte, konnte er nicht leugnen. Auch den zweiten Fall gab er zu, nur hätte er es in einer Birtchast zu den andern Kollegen gesagt, was aber nicht zutrifft, denn ein Vertreter der Firma hätte auf dem Gewerbegebiet erklärt, er könne die Zahl der Kollegen nicht einstellen, sonst würden die andern die Arbeit niederlegen. Da sich Kollege Ruser nicht in die Ordnung fügen wollte, verwies ihn der Vorsitzende das Lokal. Hierauf gebärdeten sich die Dinglinger Kollegen derart, daß der Vorsitzende Albert Heiß den Vorsitz niederlegte. Gauleiter Braun führte dann den Vorsitz weiter. Er erteilte dem Kollegen Weismann wegen seines Verhaltens mit Zustimmung der Versammlung eine Rüge. Betreffs des Ausschusses der beiden Kollegen sind wir dem Rat der Zentralleitung nachgekommen und haben ihnen eine Buße auferlegt. Gauleiter Braun fragte sie, ob sie die Buße annehmen wollen. Sie erklärten aber, keinen Pfennig zu bezahlen. Braun betonte nun, daß sie dann als ausgeschlossen zu betrachten seien, worauf er die stürmisch verlaufene Versammlung schloß.

Verbach. Zu der am 5. September im Schützenhaus zu Osterode abgehaltenen Versammlung schilderte der Schriftführer die Lage der gemahregelten Kollegen vom Belomettischen Betrieb. Es ist den 24 in Frage kommenden Kollegen gelungen, außerhalb Arbeit zu erhalten, bis auf 5 Mann, die ebenfalls Aussicht auf Arbeit haben. Wenn Herr Belometti nun glaubt, daß die gekündigten Kollegen ihn bald um Arbeit anbetteln unter Preisgabe der Verbandszugehörigkeit, dann hat er sich gewaltig geirrt. Der Herr wollte es auch fertig bringen, mehreren Kollegen, welche in Wildemann Arbeit erhielten, dieselbe zu hinterziehen, was ihm aber vorgebeugelt. Leider ist auch ein Streifbrecher zu verzeichnen. Es ist dies der Kollege August Zankanari, welcher es nicht unterlassen konnte, seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Er hat seine Arbeit in Hlensburg verlassen, ohne sein Logisgeld zu bezahlen; ferner hat derselbe auch noch mehrere Kollegen um Geld geprellt. — Am 3. September wurde hier der Steinbruch im Schafminster neu verpachtet. An der Versteigerung beteiligten sich auch mehrere gemahregelte Kollegen, was dem anwesenden Herrn Belometti jedenfalls nicht gefiel, denn er erhielt den Steinbruch für 500 M. jährliche Pacht. Es kommt dem Herrn lediglich nur darauf an, die organisierten Steinarbeiter von Osterode und Umgegend für sich geizig zu machen oder auszuhungern, was ihm aber dank der Einigkeit der Kollegen nicht gelingen wird.

Däsenburg. Bald liegt ein Jahr wirklichen Schaffens hinter uns. In unserm Verufe ist man nicht müßig gewesen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Der Erfolg ist zwar nicht ausgeblieben, steht aber zu dem Kräfteaufwand unserer Meinung nach in keinem Verhältnis, indem doch noch zirka tausend Steinarbeiter im Maulbronner und Zabergäu-Gebiet in Frage kommen. Es arbeiten doch in sieben Orten etwa 400 Steinarbeiter, welche zum Teil schon beim Verbands waren. Um die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbands zuzuführen zu können, wäre eine Hausagitation das wirksamste Mittel. Die Ansicht einzelner Kollegen, die da glauben, wenn sie zwei bis drei Monate gezahlt hätten, hätten sie ihre Pflicht getan, ist falsch. Wir erwarten, daß die Zahlstelle dauernd bestehen bleibt und nicht wieder, wie vor zwei Jahren, wie ein Strohhalm erlischt; dieses ist die Hauptaufgabe der Kollegen. In einer Reihe von Jahren ist seitens des Gauleiters an Aufklärungsarbeit unter den Steinarbeitern viel geleistet worden. Wenn früher unsere Worte nicht den richtigen Resonanzboden gefunden haben, so liegt dies wohl in den Verhältnissen begründet, und wir dürfen uns nicht abhalten lassen, wieder erneut an die Arbeit zu gehen. Die Hauptsache ist, daß jeder Kollege, wie schon gesagt, an der Aufklärungsarbeit mit hilft.

Mauen. Am 30. August fand im Gewerkschaftshaus Schillergarten eine Steinarbeiterversammlung statt. In derselben war Gauleiter Jahn anwesend, welcher über das Thema: Sozialpolitik und Unternehmertum referierte. Die Ausführungen des Gauleiters wurden von den Zuhörern gut aufgenommen und der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, das Gehörte zu beherzigen. Im weiteren machte sich eine Aussprache nötig und es wurden einzelne Vorkommnisse richtiggestellt. Des weiteren wurden tarifliche Angelegenheiten behandelt.

Solnhofen. Die christliche Strategie feiert im Solnhofener Lithographiegebiet wahre Triumphe. Erst wurden die wenigen freigeorganierten Steinarbeiter als Streifbrecher gebrandmarkt, weil sie der christlichen Standhaftigkeit etwas Mißtrauen entgegensetzten und nicht sofort, als die Aussperrung der Christen erfolgte, die Arbeit ebenfalls niederlegten, sondern warteten, bis der verschlechterte Tarif auch ihnen vorgelegt wurde. Die sehr das Mißtrauen berechtigt war, zeigt sich jetzt deutlich. Die Christlichen reihen aus wie Schafleder und werden selbst Streifbrecher. Um sie zusammenzuhalten, hat ihr Führer Tremmel zu einem eigenartigen Mittel gegriffen. Er animierte sie zur Unterschrift eines Vertrags, worin sie sich verpflichten, noch mindestens zwei Jahre Mitglieder der christlichen Organisation zu bleiben, wogegen er sich namens seines Verbands verpflichtete, ihnen die Streikunterstützung regelmäßig zu bezahlen, und zwar wird diese bis nächsten Mai garantiert! (?) Die Agitatoren und die Presse der Christlichen können nicht genug die „treffliche Schulung“ ihrer Mitglieder rühmen. Wie sich hier zeigt, sind sie so trefflich geschult, daß sie kontraktlich verpflichtet werden müssen, dem Verband nicht unter zwei Jahren davonzulassen.

Strahburg (Elb). Die elb-Lothringischen Arbeitsnachweise suchen seit einigen Wochen Steinmehnen nach Colmar für den Bauunternehmer Jarige. Lohnangaben werden nicht gemacht, ebenfalls wird nicht mitgeteilt, daß kein Werkzeug gestellt wird. Wahrscheinlich aus folgenden Gründen: Bei Herrn Jarige angekommen, werden die Vermittelten zu den Herren Peter Küßling, Christian Heimbürger und Joseph Minkler, dreien sich im Herbst 1908 am Gebäude der Kreisdirektion etablierten Unterakfordanten, gefandt. Damals verstanden sie es schon, von den an sie gezahlten 55 M. pro Kubikmeter (nicht ohne Streit) 46 M. an die Steinhauer zu bezahlen und 9 M. müheles in die Tasche zu stecken, was sie selbst in ihrem famosen Artikel im „Steinarbeiter“ nicht bestreiten konnten. Unter dieser Maxime soll nun gegenwärtig das neue Waisenhaus angefertigt werden. Die Entlohnung ist schlecht. Von den Vorschriften der Bundesratsverordnung ist nichts zu bemerken. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Gewerbeinspektion ersuchen, hierin Wandel zu schaffen. Recht charakteristisch ist allerdings, daß solche Zustände an Staats- und Kommunalbauten bestehen im Bereich des Herrn Oberdemokraten Blumenthal. Auch der Verwaltung der Arbeitsnachweise möchten wir raten, sich etwas über die Arbeitsbedingungen zu erkundigen, denn hätte man den Steinmehnen von Strahburg mitgeteilt, daß sie das Geschäft selbst stellen müssen, so wäre es nicht notwendig gewesen, daß einer zurückfahren müßte, das Werkzeug zu holen, während die andern gleichsam als Pfand für das geliehene Jahrgeld in Colmar blieben. Hätte die Arbeitsnachweise gar mitteilen können, daß es sich um die bekannten Unterakfordanten handelt, so hätte

ten wohl wenige Arbeit genommen. Den Arbeitssuchenden kann nicht dringend genug geraten werden, sich vorher über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkundigen. Bedauerlich ist es, daß durch die Arbeitsnachweise so viele Kollegen irreführt werden.

Sternenfels (Württemberg). Wie berichtet, wurden die bei der Firma Brumm in Sternenfels beschäftigten Kollegen am 29. Juni ausgesperrt, weil sie sich weigerten, Streikarbeit für Mühlbach anzufertigen. Der Unternehmer glaubte die Gelegenheit benutzen zu können, um sich des ihm gewiß unangenehmen Tarifvertrages zu entledigen und mit diesem auch dessen Urheberin, der Organisation. Wie so mancher vor ihm, mußte aber auch Herr Brumm erfahren, daß dort, wo die Stein- arbeiter durchdrungen sind von der Bedeutung und Zweckmäßigkeit tariflich geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Zeiten der willkürlichen Diktatur vorüber sind. Nach rund zweimonatlicher Arbeitsruhe erfolgte am Montag, 30. August, die Arbeitsaufnahme unter Anerkennung des bestehenden Vertrages. Wir wissen, daß der Versuch, der hier gemacht werden sollte, der Herzenswunsch mancher Unternehmer im Maulbrunner Gebiet ist. Es ist ihnen bitter schwer gefallen, das jahrzehntelang beliebte Reduzierungssystem aufgeben zu müssen. Doch sind wir gewiß, daß unsere gefestigte Organisation allen derartigen Bestrebungen wird ein halt bieten können. Es ist in der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation in unserm Gebiet nicht mehr der erste Fall, der den Unternehmern den Beweis bringen konnte, daß es uns bitter Ernst ist mit der Einführung geregelter Arbeits- und Lohnverhältnisse, und daß wir aber auch dort, wo eine solche Regelung tariflich von uns getrieben wurde, kein Jota davon abhandeln lassen. So haben wir es bisher gehalten und werden es auch in Zukunft so halten. Wenn es auch kaum eines weiteren Beweises für unsere Kollegen nach den vielen Ereignissen der letzten Zeit bedarf, so sehen wir doch an dem vorliegenden Fall bei der Firma Brumm, wie außerordentlich nötig wir eine starke Organisation brauchen. Weiter aber läßt sich Bestehen einen Schluß zu, wie sich wohl die Lohnverhältnisse unter dem Druck der ungünstigen Konjunktur gestaltet hätten, wenn die Organisation nicht als scharfer Wächter alle Reduzierungsbestrebungen hintanhält.

Strehlen. Am 3. September fand in Herdens Lokal eine Mitgliederversammlung statt, welche mächtig besucht war. Gau- leiter Daubenthaler hielt einen Vortrag über Arbeiterverbände. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatte. Die Kollegen möchten wir ermahnen, sich doch etwas parlamentarisch zu verhalten und den betreffenden Redner nicht immer zu unterbrechen. Es wurde beschloffen, sich mit den umliegenden Zahlstellen in Verbindung zu setzen wegen der Erhöhung der örtlichen Krankengelder.

Trier (Mosel). Am 20. August fand eine Versammlung statt, in welcher Gauleiter Ad. Herrmann-Kölln über das Thema: Die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse referierte. Mit großer Aufmerksamkeit hörten die Kollegen dem Vortrag zu. In Beispielen wurde den Kollegen klargestellt, wie notwendig die Organisation für die Arbeiterklasse ist; momentan werde ja in Trier der Minimallohn von 60 Pfg., wie dies hier im Jahre 1906 abgeschlossene Tarif besagt, gezahlt, aber das gleiche jezt nur, weil gegenwärtig ziemlich Arbeit vorhanden sei. Der Redner schloß mit der ernstlichen Mahnung an die Kollegen, alles Persönliche zu vergessen und treu zusammenzuhalten. In der darauffolgenden Diskussion wurden die Kollegen, die dem Verband fernstehen, aufgefordert, beizutreten; 12 Kol- legen wurden neu aufgenommen. Alsdann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Als Vorsitzender wurde gewählt Kollege Einicus, 2. Vorsitzender Kollege Lohmer, Kassierer Kol. Demuth, Schriftführer Kollege Wengen und Revisoren die Kol- legen Morgener II und Ernstorf. Im Schlusswort ermahnte der Gauleiter die neu eingetretenen Kollegen, treu zum Verband zu halten.

Weimar. Die am 8. September im Restaurant Bergschloß- chen zu Ehringsdorf festgesetzte Steinarbeiterversammlung war, trotz mehrfacher Aufforderung seitens des Vorsitzenden, sehr schwach besucht. Die Kollegen scheinen den Glauben zu haben, durch den Besuch letzter Versammlung ihre Pflicht auf einige Zeit erfüllt zu haben. Nicht einmal die Revisoren hielten es für notwendig, zu erscheinen. Wir meinen, daß doch gerade in unserer Zahlstelle sehr darauf gesehen werden müßte, zu den Versammlungen unbedingt zu erscheinen, da die Zahlstelle doch nur über eine geringe Mitgliederzahl verfügt.

Rundschau.

Glänzender Sieg. Bei der Reichstagswahl, die am Dienstag im Wahlkreise Stollberg-Auerbach (Sachsen) stattfand, erhielt Schöpflin (Soz.) 21.133, Borwerk (nationaler Wismarschlandidat) 9436 Stimmen. Der Sozialdemokrat hat also mit der Mehrheit von etwa 12.000 Stimmen siegt. So muß es den politischen Banditen im nationalen Lager gefocht werden. Schöpflin bedeutet für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine tüchtige, kennntnisreiche Kraft.

Konzentration. „Es steht ein Zusammenschluß von sechs großen Granitwerken Oberfrankens zu einer Aktiengesellschaft bevor, deren Kapital 1.800.000 Mk. betragen soll.“ Diese Meldung lesen wir in den Münchner Neuesten Nachrichten. Wahrscheinlich versuchen die Monumentalfabrikanten des Fichtelgebirges eine Fusion zustande zu bringen.

Eine eigenartige Bekanntmachung. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker veröffentlicht folgende

Bekanntmachung. Auf Grund zahlreicher Anfragen und nach Kenntnisnahme von Artikeln, die seitens der Tagespresse unter Bezugnahme auf den Generalausstand in Schweden über den zweifelhaften Wert der Tarifverträge im allgemeinen und den des Buchdruckgewerbes im besonderen veröffentlicht worden sind, hat das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in seiner Plenarsitzung vom 23. August zu diesen Zuschriften und Publikationen Stellung genommen, soweit es sich hierbei um Angriffe und Schlussfolgerungen auf die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker handelt. Diesen Rundgebungen gegenüber erklärt das Tarifamt es für ausgeschlossen, daß vor dem ordnungsgemäßen Ablaufe des tariflichen Vertragsverhältnisses und infolge der nebenher bestehenden besonderen Verträge, die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Buchdruckgewerbe abgeschlossen sind und die ausdrücklich Massentündigungen, Arbeitsniederlegungen und Ausperrungen ausschließen, tiefgehende Störungen im deutschen Buchdruckgewerbe eintreten können. Berlin, den 24. August 1909.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker. Georg W. Bürgenstein, E. D. Giesecke, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Diese Erklärung scheint recht überflüssig zu sein. In Zeiten großer wirtschaftlicher Kämpfe haben solche papierne Rundgebungen in Wirklichkeit gar nichts zu bedeuten. Die Buchdrucker und deren Prinzipale wollen mit obigem Schriftstück dokumentieren, daß unverbrüchlich an der Tariftreue festgehalten werden soll. Ob sich die Prinzipale daran halten werden, wenn in Deutschland die Unternehmer eine große Ausperrung beabsichtigen, ist eine andre Frage. — Wir haben ja Beispiele. Als vor 12 Wochen die Hamburger Bauarbeiter in den Streik traten, da wurden von den Steinmeistern unsere Kollegen ohne weiteres aus den Werkstätten hinausgeworfen. Als die Meister darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie Tarifbruch beabsichtigen, lächelten sie höhnisch; die Solidari-

tät mit den Bauunternehmern war ihnen mehr wert als die strikte Innehaltung des Tarifs.

Städtische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. In der vorigen Woche stattgefundenen Sitzung der Kölner Stadtratsordnenen teilte die Verwaltung mit, daß für den kommenden Winter eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, gegen die besondere Maßnahmen erforderlich sein würden, mit deren Ausarbeitung die Verwaltung der Stadt Köln beschäftigt ist. Am Freitag, den 3. September, trat eine Kommission der größeren Städte Westdeutschlands zusammen, um gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere gemeinsam den Arbeitsnachweis zu regeln.

Bedauerlicher Unfall. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag, den 2. September, im Bürgerlichen Steinbruch in Furschenbach. Der Schiefmeister Fischer war gerade mit Steinausbrechen beschäftigt, als sich oberhalb ein Stein löste und ihn mit in die Tiefe rief. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopfe, an Armen und Füßen, so daß er vom Platze getragen und in das Spital nach Achern gebracht werden mußte. Es ist um so bedauerlicher, weil der Betroffene noch nicht lange aus dem Spital entlassen ist wegen eines ihm im Frühjahr passierenden Unglücks. Die ganze Art und Weise, wie der Bruch betrieben wird, ist ein wahrer Hohn auf die Unfallverhütungsvorchriften. Auch sonst geht es in diesem Betrieb, seitdem er im Unterakford vergeblich ist, sonderbar zu. Wenn nämlich die Waggons nicht eintreffen, so werden die Leute eben heimgeschickt.

Die Streiksituation in Schweden.

Aus Malmö wird der „Leipziger Volkszeitung“ unterm 7. September geschrieben:

Trotz aller Proteste der Arbeiterschaft gegen den abgeschlossenen Vergleich ist gestern doch in dem vom Landessekretariat bestimmten Umfange die Arbeit ausgenommen worden. Der Streik dauert fort in der Textil-, Holz-, Papier-, Mühlen-, Glas- und Schuhindustrie; insgesamt sind 163.000 Arbeiter an dem fortwährenden Kampfe beteiligt. Die Unternehmer dieser Industrien sind Mitglieder des scharfmacherischen Svenska Arbetsgivareforeningen, und sie setzen nun ihre letzte Hoffnung darauf, daß die Hilfe vom Ausland aufhört, nachdem der Generalstreik aufgehoben und nur noch partielle Streiks bestehen.

Die Unternehmer werden sich auch hierin irren. Der Kampf der schwedischen Arbeiter ist ein Beweis für die Macht der Organisation und zeigt, was die Arbeiter durch festes Zusammenhalten zu leisten vermögen. Für lange Zeit sind die Illusionen der Scharfmacher vernichtet, die von einer selbstherrlichen Unternehmerdespotie träumten. Und deshalb dürfen die deutschen Arbeiter nicht aufhören zu sammeln für die im Kampf stehenden schwedischen Kameraden.

Der gestrige Tag brachte in den größeren Städten ein ganz anderes Straßenbild. Lebhafter Verkehr entwickelte sich bald, ganze Wagenzüge rollten, beladen mit Baumaterialien, den so lange stillgelegenen Neubauten zu. Auch ein Teil des Güterverkehrs wurde gestern sofort wieder aufgenommen, verschiedene Güterzüge wurden abgefertigt. An den Trosthatenfällen ruht die Arbeit noch vollständig, ebenso in Boros und Norköping. Die dortigen Unternehmer sind sämtlich Mitglieder der schwedischen Unternehmervereinigung. Auch einzelne Großbäckermeister machen ihren Gefellen insofern Schwierigkeiten, als sie verlangen, daß der vor dem Streik geltende Tarif bis zum Jahre 1914 gelten soll. Die Gefellen lehnen dies ab und verweigern die Aufnahme der Arbeit.

Die Stockholmer Kommune und die Straßenbahngesellschaft verlangen von ihren alten Arbeitern vor der Wiedereinstellung, daß sie persönliche Kontrakte eingehen sollen. Das lehnen die Arbeiter ab und verharren weiter im Ausstand. Die Straßenbahn soll boykottiert werden, wenn sie von diesem Verlangen nicht absteht. Im August hatte die Gesellschaft einen Verlust von 242.380 Kronen.

Es steht nun fest, daß die Regierung den ersten Schritt zur Vermittlung. Notar Cederborg kam im Auftrag der Regierung zum Genossen Lindquist und bot die Vermittlung der Regierung an; Lindquist möge aber — damit das Verhalten der Regierung, die bisher die Vermittlung streng ablehnte, nicht zu sehr auffalle —, den ersten Schritt tun. Lindquist tat der in die Enge getriebenen Regierung den Gefallen und das Resultat war der vorliegende Vergleich. Heute will nun die Regierung mit den Scharfmachern Verhandlungen beginnen.

Für die abgebrannten Kollegen in Renforg

gingen bis 4. September 1909 folgende Gelder ein:

	Mk.		Mk.
In Nr. 36 bereits quittiert	1418.50	Transport	1485.50
Würzburg (Ungenannt)	1.—	Blankenburg	10.—
Zittling	5.—	Dürheim	10.—
Wesel	7.—	Hildesheim	10.—
Leipzig	80.—	Karlshöhe	10.—
Langensalza	15.—	Posen	15.—
Erftau	4.—	Rothenburg o. d. Tauber	5.—
Baun	5.—	Kappelrodeck	10.—
Transport	1485.50	Wannheim	15.—
		Raumburg	5.—
		Summa	1575.50

Leipzig. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Wesfelburg. Der Kollege Ludwig Koppenhöfer soll seinen Verpflichtungen nachkommen. Albin Kirchhübel, Ortsvertrauensmann.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 30. August bis mit 4. September 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Oberstein, B. 4.95, E. 4.50. Randersacker, B. 184.—. Reichen II, B. 168.—. Gefrees, B. 663.60, E. 10.—, K. 33.00. Friedenhausen, B. 4.60, E. 3.—, K. 2.85, M. 1.55. Söfthenheim, B. 84.—. Würzburg (Vohje), 3.90. Bilitz, B. 20.—. Dittelsdorf, B. 8.15. Welpfe, B. 4.70. Liegnitz, B. 4.50. Niederbreisig, B. 3.10. Ansbach, B. 2.90. Triefel, B. 2.20. Wittenberg, B. 1.60. Aßersleben, B. 1.10. Stade, B. 31.90. Elmshorn, B. 8.80. Prenzlau, B. 6.05. Kößing, B. 4.95. Dresden (Demonte), Ins. 2.85. Strehlen, B. 421.—, K. 7.50; (Deutsch), 3.90. Verne, B. 48.30, K. 1.20. Blankenburg, B. 84.—, E. 2.50. Demitz, B. 420.—, E. 5.50, K. 10.—, Ins. 11.10. Gardeggen, B. 24.70, K. 2.70. Nördlingen, B. 184.—. Röditz, B. 112.55. Sulzfeld, B. 190.—. Münsberg, B. 49.14, K. 1.70. Weihen I, B. 276.—. Furschenbach, B. 276.—. Kaiserhammer, B. 54.60, K. 0.65. Jannowitz, B. 180.—, K. 11.—. Heide, B. 2.45. Demgo, B. 4.90. Leipzig (St.), 25.—. Hannover (Niemig), 3.90. Stapen, B. 8.40. Rendsburg, B. 1.65. Häslich i. Sachsen,

Ins. 3.—. Eibelfeld, B. 117.90, K. 1.70. Eberbach i. B., B. 35.72. Löbau, B. 336.76, E. 5.50, K. 49.70. Ströbel, B. 420.—, M. 2.50. Feilbrunn, B. 14.70, K. 1.80. Grimma, B. 147.—. Dittelsdorf II, B. 184.—, E. 5.—, K. 6.—. Aunfingen (Erl), Ins. 1.20. Bedheim, B. 21.—. Mühlhausen, B. 280.—.

Nachweis über zurückgesandtes Material v. 1. bis 31. August 1909.

Rürnberg, 117 B. M. III. Gardeggen, 235 B. III, 23 K. Zweibrücken, 11 B. Rauban, 61 B., 82 K. Floß, 52 B. Köln II, 166 K. Sattelbach, 174 B., 21 E., 91 K., 182 X. Ottenhöfen, 2 B., 42 E., 19 Erftau, 9 K. Hochspeyer, 200 B., 4 E., 86 K. Gießen, 151 B., 24 K. Hildesheim, 22 B. Oberlungwitz, 114 K., 78 X. Deuel, 139 B. I., 200 B. III., 33 E., 17 Erftau, 88 K. Seebergen, 92 B., 22 E., 10 K. Wang, 60 B.

Ludwig Geist, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Aunfingen. Vorf.: Jos. Stabler in Thanet, Post Pleinting. Klagen. Kass.: Theodor Weber. Bedheim. Vorf. u. Kass.: Ernst Hoffmann in Bedheim bei Hildburghausen.

Briefkasten.

Stenograph St. Es ist unmöglich, in acht bis zehn Wochen ein perfekter Stenograph zu werden. Gewiß kann man in diesem Zeitraum die stenographischen Zeichen notdürftig erlernen. Um in der Minute etwa hundert Silben leichten zu können, bedarf es mindestens einer halbjährigen Übung. Wir im Bureau schwören auf das System Stolze-Sören. Das Arendsche System zu erlernen, raten wir Dir nicht. Für die Arbeiter hat die Stenographie nicht den Wert, der ihr zugeschrieben wird. Wer nicht täglich die Schnellschrift praktisch verwenden kann, kommt eben aus dem Leben nicht heraus. — Rad. Eine Befanntmachung wegen Deiner verlorenen Reisekarte zu erlassen ist unnötig. Ab 1. September werden ja neue ausgegeben. — Bunzlau. Die Piefierung durch Bonneh & Pachfeld empfehlen wir nicht. Wende Dich an die Meiersche Buchhandlung in Ravensburg. — G. in M. Eueren persönlichen Stank wollen wir im Steinarbeiter nicht breittreten. Das Benehmen der drei Genannten ist einfach rüpelhaft. — Schüler in Schmerikon. Trotz Deiner 25 Jahre findest am Technikum zu Strelitz Aufnahme. Die Kurse beginnen dort anfangs Oktober. Die Kosten betragen: Schulgeld pro Semester 100 Mk., Zeichenmaterialien 80 Mk., Verpflegung pro Monat 60 Mk. Lasse Dir jezt das Programm senden. Aber warum besuchst Du denn das Technikum in Wintertur nicht? Die deutschen Baugewerkschulen sind seit der kürzlich erfolgten Reorganisation meist fünfstufig. Ein Brief geht Dir von uns weiter nicht zu. — Wasserkrante. Muß vorläufig ablehnen. Guten Gruß! — Weicha. In der fraglichen Angelegenheit rührt sich ja gar nichts mehr. — Reichen I. Ein Stochhammer in der angegebenen Größe kostet 6—7 Mk.

Manchere Artikel mußten zurückgestellt werden.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter von Häslich u. Umgebung
Sonntag, 12. Septbr., von nachmittags 3 Uhr ab
im Gasthaus Waldhaus in Ditzdorf
Grosses Gewerkschaftsfest.
Abmarsch Punkt 1 Uhr von Kochs Gasthaus
in Häslich mit Musik.
Alle Kollegen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.
Das Komitee.

Steinarbeiter des Schwarzwaldes
Sonntag, den 19. September, nachmittags 1 Uhr
in Kappelrodeck, Restauration zur Blume
Zehnjährige Feier des Bestehens der Organisation.
Die Kollegen von Seebach, Reusach, Dählertal und Oberkirch sind besonders dazu eingeladen.
Das Komitee. J. A.: Johann Weindl.

Sobelbandstahl in vorzüglicher Qualität
15 x 0,38 mm u. 0,34 mm

Steinmeßbleistifte echt Rehbach'sches Fabrikat, rund u. flach

Steinmeßbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmeßknüppel in prima Weichbuche und Chinaholz

Steinmeßwerkzeuge und Blutsteine
hält zu billigen Preisen bestens empfohlen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Zwei tüchtige Granitsteinmetzen
auf Plachornament stellt sofort ein
Emil Konrad, Pössneck (Thüringen).

Bestorben.
In Dresden am 28. August der Kollege Johannes Höpferling, 37 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
In Hofenfurt am 3. September der Kollege Konrad Guttenger, 26 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Pirna am 3. September der Kollege Clemens Irmer, 37 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 37.

Sonntag, den 11. September 1909.

13. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1908.

II.

Die Jahresausgaben für 1908 im Gesamtbetrag von 42 057 516 M. sind nur um rund 1 Million Mark niedriger als im Jahre 1907, obgleich die Aufwendungen für Streiks und Aussperrungen um 8 244 474 M. geringer waren als im Vorjahre, wogegen die Ausgaben für sonstige Unterstützungen enorm gestiegen sind. Auf die einzelnen gewerkschaftlichen Zweige entfielen 1908 an Ausgaben:

Organisationen	M.
Reiseunterstützung	47 1 184 353
Umzugsunterstützung	38 290 157
Arbeitslosenunterstützung	43 8 134 388
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	51 8 473 853
Invalidenunterstützung	8 419 781
Beihilfe in Sterbefällen	48 666 494
Beihilfe in Notfällen	47 508 976
Streiks im Beruf	54 4 750 347
Streiks in anderen Berufen und Ausland	37 69 052
Rechtsschutz	53 326 765
Gesamregelungenunterstützung	48 1 440 263
Verbandsorgan	62 2 071 297
Bibliotheken	39 152 781
Unterrichtskurse	29 85 743
Statistiken	14 54 812
Agitation	60 2 480 059
Druckschriften, Broschüren usw.	54 362 563
Stellenvermittlung	18 61 991
Konferenzen und Generalversammlungen	54 433 403
Sonstige Zwecke	59 1 843 011
Beitrag an die Generalkommission	61 2 79 613
Beitrag zu internationalen Verbindungen	27 40 332
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44 662 613
Prozesskosten	18 33 302
Verwaltungskosten, persönliche	62 319 531
Verwaltungsmaterial	61 576 878

In wie enormer Weise sich die Aufwendungen für Unterstützungen im letzten Jahre gesteigert haben, mag eine Gegenüberstellung der hauptsächlichsten Ausgabenposten zeigen. Es veranschaulicht die Gewerkschaften 1908 (in Parantese die Ausgabe für 1907) für:

Reiseunterstützung	1 184 353 (869 148) M.
Umzugsunterstützung	290 157 (275 716) "
Arbeitslosenunterstützung	8 134 388 (4 375 012) "
Arbeitsunfähigenunterstützung	8 473 853 (5 635 387) "
Beihilfe in Sterbefällen	666 494 (642 385) "
Beihilfe in Notfällen	508 976 (467 707) "
Gesamregelungenunterstützung	1 440 263 (1 010 045) "

Noch deutlicher kommt die Belastung der einzelnen Gewerkschaften mit Ausgaben für Unterstützungen zum Ausdruck, wenn diese pro Kopf der Mitglieder berechnet werden. Es zahlten an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder: Bäckergewerkschaft 22,62, Bildhauer 24,38, Glaser 14,08, Buchdrucker 12,74, Dienstreiber 12,22, Tapezierer 10,45, Schneider 10,02, Tischler 9,96, Schlosser 9,82, Lederarbeiter 9,54, Porzellanarbeiter 9,26, Metallarbeiter 9,05, Zimmerer 9,12, Kupferarbeiter 7,36, Buchbinder 6,98, Zigarrenarbeiter 6,74, Sattler 6,56, Formstichter 6,53, Glasarbeiter 6, Photographe 5,82, Flugographen 5,82, Maschinenisten 5,53, Schmiede 4,70, Böttcher 4,54, Portefeuille 3,81, Bäcker und Konditoren 3,76, Schiffszimmerer 3,05, Schuhmacher 3,18, Buchdruckerhilfsarbeiter 3,01, Transportarbeiter 2,44, Fabrikarbeiter 2,39, Friseur 2,20, Mühlenarbeiter 2,18, Gärtner 1,98, Brauereiarbeiter 1,39, Tabakarbeiter 1,21, Handlungsgehilfen 0,92, Bureauangestellte 0,74, Gemeindefreie 0,46, Fleischer 0,23, Schuhmacher 0,21, Bergarbeiter 0,16, Steinseher 0,07 M.

An Krankenunterstützung veranschaulichten pro Kopf der Mitglieder: Notenfischer 19,46, Lithographen 17,79, Buchdrucker 15,87, Formstichter 11,76, Zigarrenfabrikanten 9,55, Metallarbeiter 8,47,

Böttcher 7,93, Schmiede 7,03, Tabakarbeiter 6,45, Hafenarbeiter 8,31, Holzarbeiter 5,91, Sattler 5,82, Kupferarbeiter 5,08, Putzwerker 4,82, Schuhmacher 4,80, Porzellanarbeiter 4,50, Töpfer 4,48, Mühlenarbeiter 4,07, Schiffszimmerer 3,81, Fabrikarbeiter 3,80, Gastwirtsgehilfen 3,68, Bildhauer 3,49, Portefeuille 3,45, Brauereiarbeiter 3,35, Steinarbeiter 3,12, Friseur 2,85, Bauhilfsarbeiter 2,58, Gemeindefreie 2,56, Maler 2,53, Textilarbeiter 2,43, Transportarbeiter 2,34, Uphaltere 2,33, Maurer 2,29, Bergarbeiter 2,27, Schneider 2,01, Bureauangestellte 1,98, Buchdruckerhilfsarbeiter 1,89, Bäcker und Konditoren 1,72, Steinseher 1,66, Hotelbedienter 1,49, Buchbinder 1,41, Tapezierer 1,16, Blumenarbeiter 1,07, Handbinder 0,62, Fleischer 0,56, Glaser 0,52, Seelente 0,52, Friseur 0,21, Photographen 0,19, Gärtner 0,09, Handlungsgehilfen 0,06 M.

Das Jahr 1908 hat bezüglich dieser Unterstützungen ganz ungemein hohe Anforderungen an einzelne Organisationen gestellt. Aber diese haben die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bestanden. So erfreulich dies auf der einen Seite ist, so tief muß man bedauern, daß der Staat sich der Verpflichtung entzieht, die Arbeitslosen, die durch das heutige, mittels staatlicher Macht gestiftete Wirtschaftssystem existenzlos wurden, zu unterstützen. Im Gegenteil vermehrte er noch die Notlage der Arbeiter durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendigen Gebrauchsgegenstände. Dann glauben schließlich die Stützen von Staat und Gesellschaft den Arbeiter tadeln zu müssen, wenn er durch politische Betätigung und durch Unterstützung der Partei, die allein für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten ist, gegen dieses Staats- und Wirtschaftssystem aufsteht. Nicht Anerkennung für die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Organisationen die Härten dieses Systems zu mildern suchen, sondern Verfolgung und Bekämpfung dieser Organisationen gilt auch heute noch als dem Staatswohl dienend. Dabei haben diese Gewerkschaften mehr für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse geleistet, als irgendeine andere Vereinigung je zuvor oder zurzeit. In den letzten 18 Jahren veranschaulichten die Zentralverbände für

Streikunterstützung	64 884 217 M.
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	27 108 347 "
Arbeitslosenunterstützung	25 518 957 "
Reiseunterstützung	9 276 612 "
Umzugsunterstützung u. Beihilfen in Not- u. Sterbefällen	6 886 514 "
Gesamregelungenunterstützung	5 563 428 "
Invalidenunterstützung	2 550 539 "
Rechtsschutz	2 144 784 "

Insgesamt eine Ausgabe von 143 024 308 M., welche die Arbeiter von ihrem künftigen Verdienst sich abgedarbt haben, um durch die Organisationen dem Wohle der Arbeiter und damit dem Wohle des Volkes zu dienen.

In den Unterstützungsleistungen selbst, sowie bezüglich der Verwaltung, der Herausgabe der Verbandsorgane und den internationalen Verbindungen sind im letzten Jahre wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Reiseunterstützung wird von 40, Umzugsunterstützung von 35, Arbeitslosenunterstützung von 40, Arbeitsunfähigenunterstützung von 49, Invalidenunterstützung von 6, Unterstützung in Sterbefällen von 49 und in Notfällen von 33 Organisationen gezahlt. Die Ausgabe für gesamten Gewerkschaftsblätter betrug 1 951 285 Exemplare.

Die Statistik der Gewerkschaften haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl ging von 106 889 (1907) auf 105 633 zurück. Hierbei ist aber zu beachten, daß die Zahlen, welche für 1908 70 Mitgliederangaben, 1907 mit der Mitgliederzahl fehlen; die Eisenbahner mit 120 und die Gemeindefreie mit 1189 Mitglieder erst im Jahre 1908 dem Reichs-Dunckerischen Gewerkschaftsverein beigetreten sind. Es ist also sehr unvollständig, wenn die Reichs-Dunckerischen mit nur 3 Prozent an Mitgliederverlust im Gewerkschaftsverband paradiert. Es hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker 768 (- 248), Bergarbeiter 2064 (- 49), Bildhauer 316 (- 58), Brauer 1021 (+ 146), Eisenbahner 120, Fabrik- und Handarbeiter 15 256 (- 590), Gärtner 70, Gemeindefreie 1189, graphische Berufe und Maler 1708 (+ 122), Handelshilfsarbeiter 164 (+ 141), Holzarbeiter 5465 (- 340), Kaufleute 18 173 (- 1760), Kellerer 0 (- 48), Konditoren 187 (+ 52), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 976 (- 2724), Repp-

schläger 43 (- 4), Schiffszimmerer 418 (+ 104), Schneider 4478 (- 61), Schuhmacher und Lederarbeiter 5250 (- 4), selbständige Berufe 131 (+ 14), Steinarbeiter 137 (+ 25), Textilarbeiter 6331 (+ 274), Töpfer und Ziegler 1725 (+ 53), Zigarren- und Tabakarbeiter 1900 (+ 320), Frauen und Mädchen 698 (0).

In Einnahmen verzeichnen die Gewerkschaften 2 694 893 M. Hier machen sie sich einer absichtlichen Irreführung schuldig. Sie rechnen als Einnahme der Gewerkschaften auch das, was die ihnen in Verbindung stehenden Freien Hilfsklassen vereinnahmt haben. Mag auch eine rege Verbindung zwischen den Gewerkschaften und diesen Klassen bestehen, so kann man deren Einnahmen doch nicht zu den Gewerkschaftseinnahmen rechnen. Zweifellos sind in diesen Klassen viele Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind. Sollte man so rechnen, wie es in diesem Jahre zum erstenmal von den Gewerkschaften geschehen ist, dann müßten wir in unserer Statistik auch die Einnahmen der Freien Hilfsklassen anführen, denen fast ausschließlich Mitglieder unserer Zentralverbände angehören. Das selbe gilt bezüglich der Gesamtausgabe der Gewerkschaften im Betrage von 2 350 727 M. An Vermögensbestand verbleiben 4 210 413 M. Davon in den Gewerkschaftshauptkassen 1 620 273 M., in den Krankenkassen 1 206 513 M. und in den Begräbniskassen 1 214 200 M.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz des Anschlusses der Steinarbeiter Mayens, welcher ihnen einen Mitgliederzuwachs von 1167 brachte, einen Rückgang von 9804 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt: 1907: 274 323, 1908: 264 519. Werden bei den Vergleichen die Mitgliederzahlen am Schlusse der Jahre herangezogen, so ist der Verlust erheblich höher; er beträgt dann bei den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 gegen das Jahr 1907 23 882 Mitglieder. Die Gesamtmitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) betrug am 31. Dezember 1908 260 767. In dieser Zahl befinden sich 4125 Mitglieder des Verbands der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, welche im Jahresdurchschnitt vom „Zentralblatt“ nicht mit eingegriffen worden sind. Im Jahresdurchschnitt hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 35 302 (- 4833), bayrische Eisenbahner 26 186 (+ 2074), Bergarbeiter 75 250 (+ 550), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2873 (+ 61), Gärtner 793 (+ 65), Graphisches Gewerbe 1397 (- 12), Feinmechanikerinnen 5815 (+ 849), Holzarbeiter 11 043 (- 196), Keramarbeiter 4888 (- 3469), Krankenpfleger 1344 (+ 280), Lederarbeiter 3903 (- 300), Maler 3361 (+ 9), Metallarbeiter 26 427 (- 1663), Nahrungsmittelindustriearbeiter (Bäcker) 869 (+ 219), Schneider 3785 (+ 27), Staats-, Gemeinde- und Lehrarbeiter (Hilfs- und Transportarbeiter) 14 272 (- 364), Steinarbeiter (Mayen) 1167, Tabakarbeiter 5551 (- 998), Telegraphenarbeiter 2737 (+ 876), Textilarbeiter 37 561 (- 3208). Die bayrischen Salinenarbeiter, welche 907 893 Mitglieder aufwiesen, haben sich, wie das „Zentralblatt“ berichtet, mit den Bergarbeitern und Metallarbeitern verschmolzen. Zusammen beträgt also der Verlust bei den Salinen-, Berg- und Metallarbeitern 2008 Mitglieder.

Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften belaufen sich auf 4 394 745 M., die Ausgaben auf 3 556 224 M. und der Vermögensbestand war 4 513 400 M. In der Statistik der christlichen Gewerkschaften werden noch immer 6 Verbände geführt, die dem Gesamtverband nicht angeschlossen sind und von diesem nichts wissen wollen, denn sie haben ihm nicht einmal einen Jahresbericht überreicht, so daß in der Statistik die Zahlen für 1907 angegeben werden müssen. Diese Vereinigungen, die wir als unabhängige christliche Gewerkschaften bezeichnen, hatten 1907 insgesamt 80 437 Mitglieder.

Ueber den Stand der Sozialorganisationen läßt sich für 1908 noch weniger berichten, als in den Vorjahren. Die in dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ mitgeteilt wird, hat die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften infolge eines Kongreßbeschlusses dem Statistischen Amt jede Angabe über die angeschlossenen Organisationen verweigert. Es ist dies ganz erklärlich. Nachdem die Parteitage der sozialdemokratischen Partei jede Gemeinschaft mit diesen nach eigener Prinzipienklärung zum Anarchosozia-

Aus der Elbsandsteinindustrie.

(Fortsetzung.)

Im Anfange des 19. Jahrhunderts hatte die Sandsteinindustrie des Elbegebietes durch die Erhebung der verschiedensten Zölle noch sehr stark zu leiden. Das wurde erst anders als 1829 der „Mitteldeutsche“ Handelsverein gegründet wurde, und vier Jahre später fielen die Zoll- und Geleitsabgaben weg. Nun konnten größere Aufträge nach Magdeburg, Hamburg und Berlin übernommen werden. Die glatteren Werkstücke wurden direkt in den Brüchen fertiggestellt, die besseren, reich profilierten Arbeiten stellte der städtische Steinmetz direkt am Bauplatz her. — Es ist merkwürdig, daß im Elbsandsteingebiet die Steinmetzen meist zugewanderte sind. Die Ortseingewessenen erkannten schon lange, wie gesundheitsgefährlich der Beruf eines Steinmetzen ist, und so kam es, daß auf den Werkplätzen zu Pirna und Neundorf Lehrlinge nur höchst selten „ausgebildet“ wurden. Die meisten Steinmetzen kamen aus Süddeutschland und Böhmen.

Die Oberkirchleitner, die Niederkirchleitner und die Schülhambirger waren früher im Besitz des Kirchenärariums. Auch die evangelische Kirche hatte einen „guten Magen“, denn in Königstein beschwerte man sich, daß die Einnahmen aus den Steinbrüchen ständig sinken. In einem Schreiben an die Regierung wurde betont, daß 1834 im 1. Halbjahr „bloß“ 54 Taler Bruchstein abgeliefert wurden, während 1824 bis 1833 bei einer minderen Produktion im Jahresdurchschnitt 155 Taler der Kirche zufließen. Wie schlecht damals schon die Steinbrecher verdienten, geht aus einer Mitteilung hervor, worin gesagt wird, daß die Witwen nur selten die Beerdigungskosten der verstorbenen Ehemänner bezahlen konnten. Es wurde eine Begräbniskasse gegründet, die Witwe eines Steinbrechers erhielt 10 Taler ausbezahlt. Durch eine prozentuale Erhebung unter den Brechern wurde diese Summe aufgebracht.

Im Jahre 1840 beschwerten sich die Steinbrecherinnungen zu Wehlen, Krippen, Königstein und Postelwitz, daß die alte Vergütung sehr reformbedürftig sei. Endlich am 17. September 1849, also neun Jahre später, war die Regierung soweit, daß sie einen Vorkalender abhalten ließ, woran die Vorkalender (amtliche Bruchkontrollen), der Kreisdirektor und die Steinbruchbesitzer beteiligt waren. Die Verbesserungsvorschläge der direkt Beteiligten nahm der Regierungsvertreter zur Kenntnis, er versprach auch, dem hohen sächsischen Landtage eine dementprechende Begründungsschrift zugehen zu lassen. Die Regierung arbeitete aber so „rasch“, daß 14 Jahre später, also 1863, eine neue gesetzliche Regelung für das Steinbruchwesen erfolgte. Für die Unternehmer war die neue Gesetzesverordnung eine wirtschaftliche Erleichterung, die Eröffnung neuer Betriebe konnte, ohne daß große Schwierigkeiten zu überwinden waren, nun endlich vorgenommen werden. Für die Steinbrucharbeiter aber hatte das erlassene Gesetz absolut nichts gebracht. Wer

hätte denn damals regierungsseitig daran gedacht, daß die Brecher und Abräumer einer kürzeren täglichen Arbeitszeit sehr bedürftig sein würden. Die notwendig und wie wohlthuend für die Arbeiter wäre es gewesen, wenn der Staat, weil er das Vorkhandensein der Berufskrankheit kannte, die Regelung des Krankenkassenwesens in die Hand genommen hätte! Aber nichts von alledem geschah!

Die Brüche werden in den oberen und unteren Bezirk eingeteilt. Zum unteren Bezirk gehören die Betriebe des Gottleubataltes und die am linken und rechten Elbufer bis Wehlen. Zum oberen Bezirk gehören die Betriebe oberhalb Wehlen zu beiden Seiten der Elbe bis nach Schandau. Das Steinbruchgebiet ist somit recht weit ausgedehnt. Das kommt auch bei unfern dortigen Organisationsverhältnissen zum Ausdruck, indem die zwei Angehörigen, die Kollegen Seidel und Ernst, gerade genug zu tun haben. Wenn Kollege Müller in seinem Artikel (siehe Nr. 34 des „Steinarbeiters“) die Striegauer Organisationsverhältnisse ohne weiteres mit denen des Elbsandsteingebietes vergleicht, so hat er stark daneben. Doch das nur nebenbei.

Steinbrüche werden im unteren Bezirk 108, im oberen 179 gezählt. Davon liegen allerdings insgesamt 146 still. Es ist kaum Ausnahmefälle vorhanden, daß diese Steinbrüche wieder in Betrieb gesetzt werden könnten. Die Konkurrenz der deutschen Sandsteinindustrie ist im Laufe der Zeit zu groß geworden, die Bauherren sind nicht mehr auf sächsisches Material angewiesen, das Hervortreten der Kuppsteinindustrie tat weiter das nötige.

Die Gewinnung des Rohmaterials geschieht entweder durch das Hohlmaachen oder durch den Abbau der Schichtlagerungen. Die Brecher in den Granitbrüchen würden staunen, wenn sie die ungeheuren Steinberge im Elbegebiet sehen könnten. Es folgt Schicht auf Schicht, oft bis zur Höhe von 70 bis 100 Metern.

Sehr rationell für die Unternehmer ist das Unterhöhlen oder sogenannte Schrämmen. Allerdings für unsere Kollegen, die das Schrämmen zu besorgen haben, bedeutet diese Arbeit eine ständige Lebensgefahr. Es wundert uns, daß die königliche Regierung diese Gewinnungsmethode noch nicht verboten hat, die Arbeiter haben eine solche Verordnung schon längst verlangt. — Das Unterhöhlen geht folgendermaßen vor sich: Der Schrämm wird 1 bis 2 Meter hoch angefangen, die Tiefe beträgt oft 15 bis 20 Meter, nicht selten beträgt die Schrämmhöhe 40 bis 60 Meter. Der Schrämm wird der Tiefe nach keilförmig eingehauen, die Arbeit kann also nur im knienden Zustande vollbracht werden. Ehe die mächtige Wand zu Bruch geht, ist oft eine monatelange Arbeit nötig, ja an recht großen Schrämmen wurde sogar jahrelang gearbeitet. Ist der Schlit 3 bis 4 Meter tief, dann werden gute Holzabstreifer, sogenannte Stempel, eingestellt. Die Einstellung geschieht zunächst in „Loderer“ Form. Zwischen den Loderer eingefügten Stützen und

den Steinfelsen werden Glascherben oder auch Schladensstücke eingeschoben, die beim Senken der Wand zerdrückt werden. Wird das Knistern bemerkbar, so flüchten die Schrämmen, denn die Wand „setzt“ sich. Ist dieser Vorgang vorüber, dann kehren die Kollegen wieder in ihre gefahrdrohende Arbeit zurück, denn der Schlit muß vielleicht noch 6 bis 8 Meter tiefer gehauen werden. Es werden wieder Stempel gesetzt, denn die Wand kommt jetzt, wie der Brecher sagt, „auf den Druck“. Je tiefer der Schrämm gehauen werden muß, desto größer ist die Gefahr für die Arbeiter. Wenn nun alle Anzeichen vorhanden sind, daß die Wand zu Fall gebracht werden kann, dann werden die Holzstempel „angebohrt“ und mit Pulver geladen. Die Stempel werden weggeschossen, resp. durch die Kraft des Pulvers werden sie demoliert. Nun steht die Wand „frei“. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sie schon kommt. Aber in einigen Tagen hat sich die Schwerkraft doch so deutlich bemerkbar gemacht, daß sie stürzen muß. 10 000 bis 20 000 Kubikmeter Steine werden auf diese Weise auf einmal gewonnen. Früher wurden die Stempel mit der Art herausgehauen, auch das Verbrennen war beliebt. Doch beide Methoden waren sehr mit Lebensgefahr verknüpft.

Am 11. Mai 1829 stürzte bei Wehlen eine Wand ab und 13 Arbeiter wurden verschüttet. Am sechsten Tage konnten noch fünf lebend herausgeholt werden. Die groß ihre Qualen waren, geht daraus hervor, daß sie im halbwahnsinnigen Zustande die Leiche eines verunglückten Kollegen angriffen.

Am 26. Januar 1862 ging in Schandau eine angefrämmte Felswand nieder, 24 Steinbrecher wurden verschüttet, aber nach 56 stündiger Räumungsarbeit konnten sie alle gerettet werden. Im letzten Jahrzehnt sind bei der Schrämmarbeit immer noch Unfälle vorgekommen, manche sogar mit tödlichem Ausgang. Das Hohlmaachen ist nicht nur lebensgefährlich, nein auch recht anstrengend. Meist kann nur in kniender Stellung gearbeitet werden, und es bedarf großer Kraftanstrengungen, daß die Dreispitze, die einen etwa 90 Zentimeter langen Stiel hat, richtig dirigiert werden kann.

In den Steinbrüchen, wo die Schichten abgebaut werden, ist die Arbeit weniger lebensgefährlich. Aber der Staub tut auch hier das feine. Wenn die Brecher im Durchschnittsalter um 3 bis 4 Jahre höher kommen wie die Steinmetzen, so ist damit schon viel gesagt. Der Staub, die Unbillen der Witterung ruinieren den robustesten Körper. Nun hat man ja den Brechern „gelehrt“ Schutzbücher zugestanden, aber die Unternehmer achten diese papierernen Bestimmungen nicht im geringsten.

Die Steinbrüche liefern jede nur denkbare Werklein-dimensionen. Auf der Dresdener Terrasse stehen 12 Säulen je 8 Meter hoch, der Durchmesser gleich 1 Meter. Im verarbeiteten Zustande war eine solche Säule noch 220 Zentner. Zum Dresdener Polizeigebäude wurde ein Block, welcher 700 Zentner wog, verwendet. (Schluß folgt.)

ismus sich bekennenden Organisationen abgelehnt haben, ist der Uebertritt der bisher der Freien Vereinigung angehörenden Verbindungen, sowie der einzelnen Mitglieder zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden in so umfangreicher Weise erfolgt, daß heute nur noch kümmerliche Reste vorhanden sind, die als eine kleinere Organisationsgruppe nicht mehr angesehen werden können. Soweit über den Mitgliederbestand der Sozialvereine von den Verbandsvorständen Mitteilung gemacht ist, sind die angegebenen Zahlen in die Gruppe der unabhängigen Vereine eingerechnet worden. Um einen Vergleich mit dem Vorjahre bezüglich der Mitgliederzahl zu ermöglichen, ist auch für dieses in gleicher Weise verfahren.

Das Statistische Jahrbuch bringt auch eine Uebersicht über die selben Arbeiterverbände und Werkvereine. Obgleich diesen Organisationen jede Spur gewerkschaftlichen Charakters fehlt, weil sie geschaffen worden sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu verhindern, wollen wir doch die Zahlen hier mitteilen, um zu zeigen, inwieweit es dem Unternehmertum gelungen ist, Arbeiter für diese Streikbrechervereine zu gewinnen. Das Statistische Jahrbuch weist aus: 3 örtliche gewerkschaftliche Vereine mit 1015 Mitgliedern, 7 Berufsvereine mit 13 613 und 69 Werkvereine mit 50 710 Mitgliedern, zusammen 79 Vereine mit 65 338 Mitgliedern. Diese Vereine sollen 1908 eine Jahresernte von 347 784 Mark, eine Ausgabe von 368 871 Mark und am Jahresende ein Vermögen von 380 574 Mark gehabt haben. Viele Unternehmer werden gehofft haben und die Gewerkschaften fürchteten, daß unter dem Druck der überaus ungünstigen Wirtschaftslage im Jahre 1908 viele Arbeiter sich entschließen würden, den selben Vereinen beizutreten, um nicht arbeitslos zu werden. Diese Zahlen aber zeigen, daß die gelben Vereine, trotz der größten materiellen Aufwendungen der Unternehmer, ebensovienig wie die christlichen Gewerkschaften es vermögen, das Massenbewußtsein der Arbeiter zu untergraben. Beide Organisationen werden ihren Gründern wenig Freude machen, denn beide haben sich nicht so entwickelt, wie man es erhoffte und haben den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften keinen Abbruch getan. Dazu kommt, daß die christlichen Gewerkschaften die Kampfmethoden unserer gewerkschaftlichen Zentralverbände anzunehmen genötigt wurden und daß sie sich, wie an anderer Stelle näher nachgewiesen wird, so entwickelt haben, daß sie heute unsere Zentralverbände ermahnen, weniger Wert auf die Unterstützungseinrichtungen zu legen und den Gewerkschaften mehr den Charakter einer Kampforganisation zu geben.

Die Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist heute vielleicht das aktuellste soziale Problem, mindestens innerhalb der Staatsverwaltungen. Seit zwei Jahren drückt uns eine schwere wirtschaftliche Krise, und es ist zu befürchten, daß auch in der bevorstehenden kälteren Jahreszeit viele Tausende Proletarier ohne Arbeit sein werden. Daneben ist nicht zu bestreiten, daß das allgemeine soziale Empfinden der öffentlichen Meinung (besonders wiederum innerhalb der modernen Städteverwaltung) noch etwas geschärft worden ist und dieser immer mehr einleuchtet, daß neben der sonstigen sozialen Fürsorge ganz besonders auch eine weitergehende Fürsorge für die Arbeitslosen zu begründen ist.

Ueberblickt man das in dieser Hinsicht Geschehene, so läßt sich nicht wegleugnen, daß der Gedanke der Arbeitslosenfürsorge, namentlich der Arbeitslosenversicherung, in den letzten Jahren einige Fortschritte aufzuweisen hat. Freilich hat sich innerhalb unserer Reichsregierung, in der die agrarisch-konservative Politik das Szepter führt, an der ablehnenden Haltung in dieser Frage nichts geändert. Ganz im Gegensatz zu dem Auslande. Wir wissen, daß man in einer Reihe von Staaten (z. B. in Dänemark — durch das Gesetz vom 4. April 1907 über anerkannte Arbeitslosenkassen, in Norwegen durch ein ähnliches Gesetz vom 12. Juni 1906, in Frankreich durch das Dekret vom 31. Dezember 1906 betr. staatliche Subvention für Arbeitslosenunterstützungskassen nach dem sogenannten Genter System, in Luxemburg und den Niederlanden durch ähnliche Maßnahmen usw. der Regelung der Arbeitslosenversicherung bereits näher getreten worden ist. Zwar sind alle die einschlägigen Gesetze noch mangelhaftes Stückwerk, aber sie sind doch immerhin ein Anfang. — Aber auch innerhalb des Deutschen Reiches haben eine Anzahl Landesgesetzgebungen und Gemeindeverwaltungen gezeigt, daß sie einer Regelung der Frage nicht abgeneigt sind. Es sei zunächst an Bayern erinnert, wo durch vielfache Verhandlungen der Staatsregierung mit Sozialpolitikern die Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung geschaffen worden sind. Die Regierung hat den Auftrag erhalten, eine Vorlage an den Landtag auszuarbeiten. In Baden hat das Ministerium eine Denkschrift herausgegeben, die nicht nur den heutigen Stand der Arbeitslosenversicherung in ganz Europa zusammenfassend vorträgt, sondern auch zu Versuchen auf diesem Gebiete anregt. Auch der Landtag für Neuchâtel i. S. beschäftigte sich kürzlich mit der Frage.

Die größte Beachtung ist der Angelegenheit seither von den Kommunalverwaltungen geschenkt worden. Das System, in das die Arbeitslosenversicherung mehr und mehr gekleidet wird, und das im Begriffe steht, Vorbildlich für kommunale Arbeitslosenfürsorge zu werden, das „Genter System“, ist einer Gemeindeverwaltung zu danken. Am 29. Oktober 1900 beschloß der Gemeinderat von Gent die Verteilung von „Aufmunterungsprämien“ an alle die Arbeiter, die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Versicherung, Sparen usw. ernstlich Vorsorge getroffen haben. Der Vater dieses Systems, Louis Barley, hat jedoch einen instruktiven Bericht über Handhabung und Erfolge der Einrichtung in den letzten Jahren herausgegeben. Er zeigt die Ueberlegenheit des Systems gegen die andern bekannten Formen der Arbeitslosenfürsorge. In Deutschland ist die Arbeitslosenversicherung eingeführt in Straßburg und Köln a. Rh. (in beiden Orten nach dem Genter System).

Mit der Einführung der Arbeitslosenfürsorge haben sich bereits eine Anzahl von Städtetagen beschäftigt; sie kamen aber zu dem Ergebnis, daß die Gemeinden auf diesem Gebiete in ihrer Tätigkeit zu sehr beschränkt sind. Die Städtischen Kollegien in Düsseldorf kamen daher am 22. Juli 1900 zu dem Ergebnis, durch Berichte an die vorgeordnete Behörde und auf ihr sonst geeignet erscheinende Weise den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben. Dasselbe brauche lediglich zwei Paragraphen zu umfassen: § 1 verleiht den Kommunalverbänden die Befugnis zur Errichtung von Arbeitslosenversicherungskassen mit Beitrittswahl für die im Gesetz noch näher zu bezeichnenden Personenzirkel unter Genehmigung und Aufsicht der Landeszentralbehörden; § 2 enthält die formalen Bestimmungen. Auch die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung hat sich kürzlich für die kommunale Zwangsarbeitslosenversicherung entschieden.

Von einem aus bürgerlichen Sozialpolitikern bestehenden Komitee wird soeben auf September 1910 eine erste internationale Konferenz zur Besprechung des Problems der Arbeitslosenfürsorge einberufen. Dieselbe soll sich mit folgenden drei Hauptfragen beschäftigen: Statistik der Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ferner ist die Gründung eines ständigen internationalen Verbandes der Personen, die sich in allen Ländern mit dem Probleme der Arbeitslosigkeit beschäftigen, in Aussicht genommen.

Lohnstatistik von Leipzig.

Für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 sind folgende Feststellungen gemacht worden: Auf 16 Steinmetzwerkplätzen, in 23 Grabsteingeschäften und 9 Kunststeinfabriken waren

durchschnittlich 155 Kollegen beschäftigt. Ein gutes Jahr für die Steinarbeiter war es nicht. Der November setzte mit der Arbeitslosigkeit ein. Dazu kam der lange Winter. Das Frühjahr setzte wohl mit einer großen Bantätigkeit ein, aber für die Steinmetzen war Arbeitsmangel vorhanden. Durch die Einführung des fremden und fertigen Materials, den Kunst- und Zementstein, verschlechterte sich die Situation. Auch die städtische Baubehörde hat seit einigen Jahren zu dem Kunststein gegriffen.

Das alles hat auch in diesem Jahr wieder zu einer großen Arbeitslosigkeit geführt. Sehr viele Kollegen mußten sich einen andern Erwerb suchen, um ihren Haushalt hochzuhalten.

An der Statistik beteiligten sich 156 Kollegen. Das ermittelte Durchschnittsalter war 36 Jahre 3 Monate 11 1/2 Tage. Ein Kollege ist 69 1/2 Jahre alt. Ein hohes Alter erreichen die Steinmetzen nicht: Der giftige Steinstaub bringt manchem jungen Kollegen im besten Mannesalter lange Krankheit und Siechtum.

Der Durchschnittsverdienst der Kollegen betrug 1136.95 M. (im Vorjahr 1295.27 M.). Das ist ein Wochenlohn von 22.74 Mark (im Vorjahr 25.90 M.) und ein Tagelohn von 3.79 M. (im Vorjahr 4.31 M.) und ein Stundenlohn von 47 1/2 Pfg. (im Vorjahr 53 1/2 Pfg.). Der Verdienst erhöht sich nun dadurch um etwas, da nur eine durchschnittliche Arbeitsdauer von 31 Wochen 2 1/2 Tag herauskommt. Das ergibt schließlich einen Wochenverdienst von 36.13 M. und einen Stundenlohn von 75 1/2 Pfg.

Es verdienen:

bis 600 M.	25 Mann	1200 bis 1300 M.	13 Mann
600 " 700 "	3 "	1300 " 1400 "	21 "
700 " 800 "	4 "	1400 " 1500 "	9 "
800 " 900 "	8 "	1500 " 1600 "	17 "
900 " 1000 "	6 "	1600 " 1700 "	13 "
1000 " 1100 "	11 "	1700 " 1800 "	8 "
1100 " 1200 "	12 "	1800 M. und mehr	6 "

Außerdem hat in 23 Fällen die Frau zum Lebensunterhalt der Familie beigetragen.

Arbeitslos waren insgesamt 132 Kollegen 1280 Wochen 5 Tage. Ergibt für den einzelnen eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 9 Wochen und 1/2 Tag. Ueber 15 bis 20 Wochen waren 10 Kollegen, über 20 Wochen 7 Kollegen arbeitslos! — Krank waren 57 Kollegen in 71 Fällen 423 Wochen 3 Tage. Das ergibt für den einzelnen eine durchschnittliche Krankheitsdauer von 7 Wochen 3 Tage. Die längste Krankheitszeit währte 41 Wochen, die kürzeste 4 Tage. Fünf Kollegen fanden Aufnahme in einer Heilanstalt. Auch sind fünf Kollegen an der Berufskrankheit verstorben (im Vorjahr auch 5). Diese 5 Kollegen erreichten ein Durchschnittsalter von 40 Jahr 3 Monate 10 Tage. Es ergab sich für jeden ein durchschnittliches Krankheitsalter von 1 Jahr 22 Tage! Diese verstorbenen Kollegen waren alle verheiratet und hinterließen zusammen 11 Kinder im Alter von 4 bis 15 Jahren.

Trotz all dieser schlechten Verhältnisse mußten noch 12 Kollegen gegen ihren Unternehmer klagen wegen Nichteinhalten der seit Jahren bestehenden Tarifsätze. In diesen Verhandlungen entschied das Gewerbegericht zugunsten der Unternehmer. Diese wollten den Tarif beibehalten. Die Steinarbeiter waren bei der diesjährigen Tarifverhandlung gezwungen, einen Abwehrstreik zu führen. Erst nach achtwöchiger Dauer kam es zum Abschluß der Tarifverhandlungen.

Besondere Ergebnisse für die Marmorarbeiter.

In fünf Marmorfabriken sind 17 Steinmetzen und 26 Schleifer beschäftigt, davon sind insgesamt 23 Kollegen organisiert. An der Statistik beteiligten sich 8 Hauer und 7 Schleifer. — Das Gesamtalter der Arbeiter der zwei Branchen beträgt 558 Jahre 8 Monate 21 Tage; das Durchschnittsalter ist somit 37 Jahre. Es erreichten ein Alter von:

Bis 25 Jahren	4 Kollegen
25—30 "	1 Kollege
30—35 "	2 Kollegen
35—40 "	1 Kollege
40—45 "	2 Kollegen
45—50 "	2 "
über 50 "	2 "

Die Berufstätigkeit betrug 276 Jahre; im Durchschnitt war jedes Verbandsmitglied 18 Jahre im Berufe tätig. — Der Gesamtverdienst der 15 Kollegen war 19864.74 M. — Es ergibt sich ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 1310.98 M. Den Durchschnittslohn erreichten 6 Kollegen nicht. Es verdienen:

Bis 1000 M.	2 Kollegen
1000—1100 "	2 "
1100—1200 "	2 "
1300—1400 "	1 Kollege
1400—1500 "	6 Kollegen
1500—1700 "	1 Kollege
über 1700 "	1 "

Arbeitslos waren 11 Mann in 15 Fällen 30 Wochen. — Die Krankheitsdauer war in zwei Fällen 13 Wochen: 1 Kollege 4 Wochen und 1 Kollege 9 Wochen. — In vier Fällen genügte das Einkommen der Kollegen nicht und die Frau trug zum Lebensunterhalt der Familie bei. — Der Stundenlohn verteilte sich wie folgt: 2 Hauer 64 Pfg., 6 Hauer 58 Pfg.; 4 Schleifer 48 Pfg., 3 Schleifer 45 Pfg.

Zum Schluß meiner Ausführungen will ich noch bemerken, daß eine gutgeführte Statistik für eine Gewerkschaft von großer Wichtigkeit ist. Dies ist nur dann möglich, wenn die gestellten Fragen auf der Karte wahrheitsgetreu ausgefüllt werden; nur dann können Unterstützungseinrichtungen auf dieser Basis eingerichtet werden. Gustav Große.

Korrespondenzen.

Berlin. In einer kombinierten Versammlung nahm die hiesige Kollegenschaft einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung entgegen. Aus den Ausführungen des Referenten, Genossen Karl Giebel, ging hervor, daß die Reformierung der verschiedenen Versicherungsweize nicht von dem Gedanken der Verbesserung der Lage der Versicherungsträger, also der Versicherten selbst, geleitet war, sondern daß das „Reformwerk“ der Regierung lediglich den Machtgelüsten des Unternehmertums gegen die aufstrebende Arbeiterschaft dargebracht sei. Dehasther Beifall folgte dem Referate, welches mit dem Aufrufe zum stürmischen Proteste gegen die Besekwerdung dieses Attentates auf die bereits bestehenden Rechte endete. — Unter gewerkschaftlichem teilte der Vorsitzende mit, daß die Ortsverwaltung den kämpfenden Schweden 200 Mark und den abgebrannten Neusorger Kollegen 30 Mark gesandt habe. Ueber 400 Mark wurden bereits durch Sammellisten für die Schweden aufgebracht, wobei zu bemerken ist, daß gerade diejenigen Kollegen, welche am meisten unter der Ungunst der hiesigen Arbeitsverhältnisse zu leiden haben, einen bewundernswerten Opfermut an den Tag legten. In der Diskussion wurde energischer Protest gegen den Nachruf des Hoffsteinmeisters Schilling erhoben. Namentlich der Schlußsatz entbehre jeglicher Berechtigung. — Verschiedene Klagen wurden laut über unberechtigte Akkordarbeiten. Alle nicht im Tarif vorgeesehenen Akkordarbeiten sind unzulässig und müssen im Tagelohn ausgeführt werden.

Anmerkung. Alle Kollegen, welche die Zustellung des „Steinarbeiters“ durch die Post wünschen, werden ersucht, ihre ab 1. Oktober gültige Adresse bis zum 18. d. M. an unser Verbandsbureau, Seydelstraße 30, part., einzusenden. Wer seine Zeitung bisher erhalten und nicht verzicht, braucht die Wohnungsangabe nicht zu wiederholen. Die an der Hausagitation beteiligten Kollegen werden ebenfalls ersucht, bis zum 18. d. M. Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten, um etwaige Neuaufnahmen bei der Zustellung des „Steinarbeiters“ berücksichtigen zu können.

Gemsbach. Am 28. August tagte im Lokal zum Adler unsere Monatsversammlung. Kollege Weidenhammer referierte über das Thema: Arbeiterchutzgesetz. In erster Linie wären es die Bergarbeiter, wo die Schutzgesetze recht miserabel sind, denn Tausende müssen jährlich in diesem Berufe ihr Leben lassen. Betrachtete man nur das Unglück auf der Grube Radob, wo 360 Bergarbeiter auf einmal lebendig begraben wurden und bis heute noch nicht alle zutage gefördert sind. Dann kam Redner auf unsern Berufe. Er schilderte den Anwesenheit der vielen Unfälle, die auch wir zu verzeichnen haben. Was erhalten wir denn eigentlich für unsere zerfundenen Knochen? Zuerst muß man von Pontius zu Pilatus laufen und was man dann erhält, das ist zum Sterben zu viel und zum Leben wenig. Darauf schilderte er eingehend die Unfallversicherung. Jeder Unfall muß auf Verlangen des Arbeiters zur Anmeldung gebracht werden. Die Renten werden von den Vorständen der Berufsgenossenschaften festgesetzt. Als Unterlagen zur Festsetzung dienen die ärztlichen Gutachten und Erhebungen durch das Bezirksamt über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Verletzten. Bei Berechnung der Renten wird der Jahresverdienst zugrunde gelegt. Der 1500 M. übersteigende Betrag wird nur zu einem Drittel angelegt. Vollrente ist 66% des Jahresverdienstes. Witwen, welche Hinterbliebenenrente beziehen, erhalten bei ihrer Wiederkehrung 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes ihres verstorbenen Mannes als Abfindung. Die Kinder tödlich Verunglückter erhalten bis zum 15. Lebensjahr je 20 Prozent, jedoch zusammen nicht mehr als 60 Prozent Rente. Die Renten richten sich nach der Erwerbsunfähigkeit des verunglückten Arbeiters. Wir sehen daraus, daß derartige Unterstützungseinrichtungen noch weit verbessert werden müssen, deshalb müssen wir bei der Reichsregierung immerhin noch weiter protestieren. Daß zur Durchführung von derartigen Gesetzen eine größere Zahl von Arbeitervertretern im Reichsparlament nötig ist, wird einem jeden von uns bekannt sein. Der temperamentvolle Vortrag fand lebhaften Beifall.

Striegau. Am 1. September fand hier im Fürsten Saal eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, die sich zunächst mit der Frage der Bierlieferung in die Steinbrüche beschäftigte. Bekanntlich wurde dem früheren Bierlieferanten der Zutritt zu den Steinbrüchen verboten. Gründe für dies Verbot kann niemand finden, deshalb bleibt nur die Vermutung übrig, daß das Verbot ist deshalb ergangen, weil dieser Lieferant, dem Wunsch der Arbeiter Rechnung tragend, sehr viel alkoholfreie Getränke, z. B. Limonaden und Selterswasser, in die Brüche einfuhrte. Daß die Striegauer Unternehmer von solchen Getränken nicht viel halten, ersieht man ja ganz deutlich aus der Bestimmung in der Arbeitsordnung, wonach jeder Arbeiter einen halben Liter Schnaps in den Betrieb mitbringen kann. Sie haben dann wenigstens die Möglichkeit, dem Aufsichtsberechtigten vorzulegen, sie müßten die Böhne heruntersetzen, weil die Arbeiter infolge des vielen Trinken zu wenig leistungsfähig seien. Den Arbeitern aber wird durch diese Machinationen das Geld aus der Tasche genommen. Die Bierlieferanten, die die Unternehmer in den Brüchen dulden, haben alle die Bierpreise erhöht. Die Versammlung kam deshalb zu dem einstimmigen Beschluß, kein Bier mehr von denjenigen Lieferanten zu nehmen, die den Preis erhöht haben. Somit kommt nur noch der frühere Lieferant in Frage. Nach Erledigung dieser Angelegenheit besprach der Vorsitzende nochmals die neuen Bestimmungen der Bundesratsverordnung. Aus der Debatte ergab sich, daß von seiten der Unternehmer noch nicht das geringste getan wurde, um den Bestimmungen nachzukommen. Der Vorsitzende wird deshalb beauftragt, sich an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Nunmehr machte der Vorsitzende einige Ausführungen über die im Statistischen Jahrbuch veröffentlichten statistischen Erhebungen über die Unternehmerverbände und besprach zum Vergleich auch die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter. In der regen Diskussion wurden besonders die Organisationsverhältnisse in unserm eigenen Berufe berührt. Hauptächlich aber drehte sich die Debatte um die Frage einer besseren Regelung unserer Organisationsverhältnisse im 2. Gau und im engeren Bezirk Striegau. Den Mittelpunkt der Debatte bildete der Artikel des Kollegen Müller in der Nr. 34 vom 21. August des „Steinarbeiter“. Alle Redner erklärten sich mit dem Inhalt des Artikels einverstanden. Sicher ist, daß uns in der Zukunft die gegnerischen Organisationen schwere Konkurrenz machen werden. Einen Sekretär um den andern stellen die Gegner hier in Schleien an. Dagegen ist der Ortsbeamte von Striegau mit Arbeit überlastet, und es muß die Aufgabe der Zahlstelle sein, die Arbeitskraft des Ortsbeamten für die Zahlstelle allein in Anspruch zu nehmen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Geschäfte der Zahlstelle und der Gauleitung voneinander getrennt werden, denn unter dem jetzigen Zustande leiden beide. Obwohl der schlechte Gau schon jetzt einer der größten unsres Verbandes ist, können bei systematischer und intensiver Agitation immer noch viele Mitglieder für den Verband gewonnen werden. In einigen Gegenden haben wir fast noch gar keinen Eingang gefunden, z. B. in den Kalksteinbrüchen bei Kaufung und im Granitgebiet bei Reife und in Obereschleben. In manchen der schon bestehenden Zahlstellen steht und fällt die Organisation mit dem Vorsitzenden oder Kassierer. Das sind ungesunde Zustände, die so schnell wie möglich beseitigt werden müssen. Ein Mittel ist die Anstellung eines besoldeten Gauleiters. Die Gegner nützen unsere Schwäche aus und arbeiten intensiv, wenn auch ganz still. Auf der andern Seite drängt alles auf einen Zusammenschluß der beiden Zahlstellen Striegau und Häslich. So hat der letzte Streik in Striegau ganz besonders bewiesen, daß ein Hand in Hand gehen der beiden Zahlstellen unbedingt notwendig ist. Die Unternehmer haben sich zusammengegeschlossen und haben den Ruhen von unsrer Zersplitterung. Andererseits sehen wir eine fortschreitende Konzentration der Betriebe. So sieht die Firma Bestmann augenblicklich in Unterhandlung mit dem Steinbruchbesitzer Thasler in Häslich wegen Ankaufs der Thaslerschen Steinbrüche. Nach einer andern Mitteilung soll der Kauf schon abgeschlossen sein. Ebenso hat Nathan Schall die großen Brüche in Kalkhaus durch Kauf in seinen Besitz gebracht. Wenn unsere Organisation nicht zur Ohnmächtigkeit verdammt sein soll, müssen wir ebenfalls unsre Kräfte konzentrieren. Eine umfassende systematische Agitation ist notwendig, um auch den letzten Arbeiter in unsre Reihen zu bekommen. Hierzu fehlt unter den jetzigen Verhältnissen die Zeit. Die Versammlung beschloß einmütig, dem Zentralvorstand eine Aenderung der jetzigen Verhältnisse dringend ans Herz zu legen, und nimmt ebenso einstimmig folgende Resolution an: „Die heute im Fürst Bismarck abgehaltene Steinarbeiterversammlung erklärt den Zusammenschluß der Zahlstellen Striegau und Häslich und die Trennung der Gauleitung von der Ortsverwaltung für eine unbedingte Notwendigkeit und ersucht den Zentralvorstand, baldigst hierzu Stellung zu nehmen.“ Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Zell-Reinerzhuth. Am 29. August fand beim Kollegen Scheller eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Schmidt-Bayreuth hielt einen meisterhaften Vortrag. Seine Absicht bestand darin, uns die Entwicklung und den Wert der Organisation vor Augen zu führen, was er auch vortrefflich verstand. Auch erklärte uns Schmidt in deutlicher Ausführung den großen Wert der Statistik. Von einem Kollegen wurde dann ausgeführt, die Frauen möglichst oft den Versammlungen zuzuführen, damit auch sie die Notwendigkeit der Organisation kennen lernen. Beide Ausführungen wurden seitens der Kollegen mit großer Begeisterung aufgenommen. Zu bemerken sei noch, daß die Zahlstelle, die erst vor sechs Wochen ins Leben gerufen wurde, große Fortschritte macht, zur größten Freude aller Kollegen im Fichtelgebirge.